



AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Ja zu Europa	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Verstetigung	

THEMEN DES MONATS

Luftfahrtemissionen

Die EU streicht die Segel

Wer hat die Hoheit über die Lüfte? Die Antwort ist entscheidend für die Minderung von Flugzeugemissionen

Seite 2

Wissenschaftspolitik

Wende zur Nachhaltigkeit

Warum wir mehr Forschung für die Menschen mit den Menschen brauchen

Seite 4

Abfallpolitik

Zu viel Biomüll bleibt ungenutzt

Es bleibt viel zu tun, damit im nächsten Jahr alle Bürgerinnen und Bürger eine Biotonne benutzen

Seite 6

Interview: Verkehrspolitik

„Populismus statt Finanzierungsmodell“

Noch in diesem Jahr will Verkehrsminister Alexander Dobrindt eine Pkw-Maut auf den Weg bringen

Seite 25

THEMENHEFT

EU-Fördermöglichkeiten

Beilage

Luftfahrtemissionen

Die EU streicht die Segel

Wer hat die Hoheit über die Lüfte? Die Antwort ist entscheidend für die Minderung von Flugzeugemissionen

Im Herbst 2013 stimmte die Luftfahrtorganisation der UNO gegen die Pläne der Europäischen Union, den internationalen Luftverkehr in den Emissionshandel aufzunehmen. Seither liegt das Bemühen auf Eis, die weltweite Luftverschmutzung durch Flugzeuge zu mindern, indem die Verursacher zur Kasse gebeten werden. Nun ist die EU wieder gefordert, ihre Vorschläge durchzusetzen . ■ VON HANS-JOCHEN LUHMANN, WUPPERTAL INSTITUT

Der Flugverkehr ist globalpolitisch etwas Besonderes. Zwei Drittel der Erdoberfläche, die Meere und deren Luftraum fallen nicht unter die Herrschaft eines Territorialstaats unter dem Dach der Vereinten Nationen (UN). Für die zivile Luftfahrt sind zwei UN-Institutionen zuständig: die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und die Klimarahmenkonvention (UN-FCCC). Deren Mitglieder hatten den möglichen Kompetenzkonflikt vorhergesehen und zu vermeiden versucht: Mit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls 1997 hatten sie die ICAO aufgefordert, die Regelung des „internationalen Luftverkehrs“ zu übernehmen. „Internationaler Luftverkehr“ ist ein klimarechtlicher Terminus technicus und als solcher ein Gegenbegriff zum „nationalen Luftverkehr“. Im Kyoto-Protokoll sind die Emissionen für die nationale Ebene erfasst, für die internationale hingegen nicht. Bis 2008, dem Beginn der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls, gelang es der ICAO nicht, eine Regelung zu schaffen. Nicht einmal das von der Klimarahmenkonvention beschlossene klimapolitische maximale Zwei-Grad-Ziel, zu dem der internationale Luftverkehr einen Beitrag leisten sollte, wurde unter dem UN-Dach akzeptiert. Eine Blockadesituation also, wie sie aus Ressortkonflikten in Nationalstaaten bekannt ist.

Wo sind die Grenzen im Luftraum?

Auch auf EU-Ebene gibt es ungelöste Probleme. Hintergrund ist eine völkerrechtliche Spitzfindigkeit: Die EU ist zwar eine Vertragspartei der UN-FCCC, aber kein Nationalstaat. Infolgedessen besteht der nationale Flugverkehr des Staatenverbun-

des EU lediglich aus der Summe des nationalen Flugverkehrs seiner Mitgliedstaaten. Sogenannte Intra-EU-Flüge sind kein nationaler Flugverkehr der EU, sondern Teil ihres internationalen Flugverkehrs. Ein EU-spezifischer nationaler Flugverkehr besteht definitorisch nicht.

Gegenüber dem „Bundesstaat“ USA führt das zu einer asymmetrischen Situation. Jenseits des Atlantiks sind Fernflüge von der Ost- zur Westküste nationaler Luftverkehr und werden den USA zugerechnet, in der EU dagegen gelten beispielsweise Flüge über den Kanal, von London nach Paris, als internationaler Luftverkehr und werden der EU nicht zugerechnet. Diese Unterscheidung ist artifiziell, und allen Beteiligten war klar, dass sie nicht zu halten wäre, sollte es je zu einer Beteiligung der USA an einem ernsthaften multilateralen Klimaregime kommen. Also musste etwas geschehen. 2008 setzte die EU das Emissionshandelssystem (ETS) in Kraft.

Ehrgeizige Pläne zur Emissionsminderung

Für den Luftverkehr war vorgesehen, ab Januar 2012 für die gesamten CO₂-Emissionen jeglichen Flugs, der auf EU-Territorium startet oder landet, Emissionsrechte einzufordern. Diese Regelung sollte für inner- wie außereuropäische Flüge gleichermaßen gelten. Damit hätte die EU etwa ein Drittel der globalen Luftfahrtemissionen einbezogen. Die Emissionsrechte sollte die EU vergeben, zu einem – unangemessen geringen – Teil gegen Geld. Bei den 2008 in der Konzeptionsphase erwarteten CO₂-Preisen ging es für den Zeitraum von 2012 bis 2020 um rund 14 Milliarden Euro für die Kassen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

Die Einbeziehung des internationalen Luftverkehrs war als ein tragender Pfeiler des EU-Emissionshandels (EU-ETS) konzipiert worden. Der landbasierte ETS leidet chronisch an einem Überangebot von Rechten. Die Einbeziehung der Nachfrage nach Emissionszertifikaten aus dem internationalen Luftverkehr war als ein Beitrag zur Stabilisierung der fragil gewordenen Marktverhältnisse im landbasierten Emissionshandel konzipiert gewesen.

Der Vorschlag der EU sah für kooperationswillige Staaten folgendes Angebot vor: Diejenigen, die ein System einführen, das dem Niveau der Klimaschutzziele der EU entspricht, können die Hälfte der Rechte für eine Flugrichtung selbst vergeben und erhalten auch die entsprechenden Einnahmen.

Mit ihrem Konzept offenbarte die EU zugleich, welche Vision der Mitgestaltung in der Welt sie verfolgt. Der Zugriff extraterritorialer Art beim Luftverkehr war keine Einmalaktion der EU-Klimapolitik. Für importierte Kraftstoffe, insbesondere biogenen Ursprungs, hatte die EU mit ihrem 20-20-20-Paket im Jahre 2009 bereits Ähnliches angekündigt und teilweise umgesetzt – und damit Kanada, Argentinien und Brasilien auf die juristischen Barrikaden getrieben. Für den internationalen Schiffsverkehr mit seinen Treibhausgasemissionen auf hoher See war seitens der EU Vergleichbares geplant. Die Intention ist jeweils, Anreize für die Minderung von Emissionen aus der Herstellung von Produkten und Dienstleistungen zu geben, die außerhalb des Territoriums der EU-Mitgliedstaaten anfallen. Drittstaaten, die der EU via Gütertausch verbunden sind, sollen also zu klimafreundlicherem Handeln in ihrem Hoheitsbereich bewegt wer-

den. In der Klimaaußenpolitik geht es um die Ausübung von Macht im besten Sinne.

Den Präzedenzcharakter der einseitigen EU-Regelung beim internationalen Luftverkehr haben die Co-Weltmächte natürlich erkannt. Gegen das Flaggschiffprojekt der EU entwickelte sich Widerstand, zunächst gemäß den zivilisierenden Sitten des Rechts: Die Airlines der USA beschritten den innereuropäischen Rechtsweg – mit EuGH-Entscheidung vom 21. Dezember 2011 verloren sie. Dann mischte sich die Politik ein. Die USA haben gemeinsam mit China, Russland, Indien und Saudi-Arabien eine Koalition gebildet, um auf Konfrontationskurs zu gehen. Auf zivilisierende Sitten des Rechts im Konfliktaustrag wurde gepfiffen.

Internationales ETS in der Luft verpufft

Die EU, die einmal angetreten war, andere das Fürchten zu lehren, bekam nun Angst vor der eigenen Courage. Sie setzte das von ihr in Kraft gesetzte Recht gegenüber Fluglinien aus Großmachtstaaten nicht um, die ihren Verpflichtungen nicht nachkamen. Rückwirkend setzte sie in einer hastig beschlossenen Revision, der sogenannten Stop-the-Clock-Regelung, die globalen Verpflichtungen ihres regionalen ETS für ein Jahr, nämlich 2013, aus – um abzuwarten, was bei der ICAO-Versammlung im vergangenen Oktober in Montreal herauskäme. Nach Vorverhandlungen dort gab die EU am 5. September ein Kompromissangebot bekannt. Der solle für die Zeit bis 2020 der EU einen allseits akzeptierten Weiterbetrieb ihres etablierten ETS gestatten, unter der Voraussetzung allerdings, lediglich Rechte für Emissionen „über dem eigenen Luftraum“ einzufordern. Das würde den Erfassungsgrad des Luftverkehrs -im EU-ETS auf 40 Prozent einschränken und zugleich den Stachel, der die ICAO motiviert hat, sich in Bewegung zu setzen, ziehen, bevor diese das Ziel erreicht hat. Also ein sehr weitgehendes Kompromissangebot.

Doch in Montreal kam es anders als erwartet. China, Russland, Indien und Saudi-Arabien sind nicht auf die zwischen der EU und den USA abgestimmte Kompromisslinie eingeschwenkt. Sie forderten

ein Vetorecht jedes betroffenen Drittstaates zu jeglichem regionalen ETS – also auch dem der EU. Der avisierte Kompromiss war geplatzt, die Boxhandschuhe blieben auf den Fäusten – wahrscheinlich auch auf denen der USA.

Wie sollte die EU darauf reagieren? Wenn überhaupt, so erfordern die Bedingungen ein legislatives Schnellverfahren. Bis 30. April nämlich müssen die Airlines die Berichte über ihre Emissionen im Vorjahr abgeben – zu diesem Zeitpunkt also ist zu offenbaren, ob die Airlines von Drittstaaten bereit sind, Pflichten unter hiesigem Recht nachzukommen. Gleichzeitig läuft die Legislatur des Europäischen Parlaments aus.

Zwei konträre Optionen

Entweder gibt die EU auf ganzer Linie klein bei, unterwirft sich China, Russland, Indien und anderen. Das hieße, sie beschränkt sich auf die Erfassung allein des EU-internen Luftverkehrs. Oder sie erkennt, dass sie den Konflikt, den sie mit den übrigen Staaten mit Weltmacht- beziehungsweise Mittelmachtanspruch begonnen, wenn nicht provoziert hat, nun auch austragen muss. Und dann selbstverständlich ohne Vorleistungen.

Ein Kompromiss, auf den solch ein Machtpoker letztendlich hinausläuft, würde dann nicht mit einer Einschränkung ihres Anspruchs auf globalen Klimaschutz einhergehen, sondern in Geld geregelt werden. Und das, obwohl es den Opponenten darum vermutlich gar nicht geht.

So gesehen erscheint der Vorschlag der EU-Kommission aberwitzig. Denn was als Gabe mit der Intention einer Gegengabe gedacht war, wird urplötzlich zu etwas erklärt, was im eigenen Vorteil liegt und so unilateral einzuführen ist. Wer sollte das der EU abnehmen? Was bringt es der EU, auf 60 Prozent ihres Anspruchs zu verzichten, ohne im Gegenzug dafür Frieden zu erhalten? Das Kriegsbeil würde doch nicht begraben sein. Sinnvoll wäre das nur, wenn die EU-Kommission zur Auseinandersetzung bereit wäre – mit ihrem Verhalten, das EU-Recht beugt, offenbart sie aber gerade ihre Nichtbereitschaft.

Realistischer wirken da die Positionen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens im Rat. Sie empfehlen, den Weg des Einknickens, wenn man ihn denn schon begeht, dann auch bis zum bitteren Ende zu gehen. Das bedeutet: Der internationale Luftverkehr im eigentlichen Sinne soll nicht in den Emissionshandel einbezogen werden.

Das Europäische Parlament wird voraussichtlich am 11. März entscheiden. Federführend ist der Umweltausschuss. Der Berichterstatter Peter Liese ist auf Linie der Kommission. Mitberatend sind der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sowie der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Diese stützen die Position der mächtigen drei Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Dafür, was die EU-Institutionen einstmals zusammen beschlossen haben, im ersten auftretenden Konfliktfall durchzufechten, gibt es in Brüssel keinen Vertreter mehr.

Ein Bewusstsein dafür, dass in dieser Phase, in kurzer Frist, eine historische Entscheidung zu fällen ist, ist selbst in Brüssel nicht vorhanden – anders als übrigens in China, dessen einziges Motiv, weswegen es das finanziell unbedeutende Thema hochzieht, der Präzedenzcharakter ist. Das Bewusstsein der Europäer ist kollektiv verhangen. Auf der Kippe steht der globale Mitgestaltungsanspruch der EU am Beispiel ihres Flaggschiffprojekts Klimapolitik, einer Politik zum Schutz eines globalen Gemeinguts. Die EU aber scheint sich entscheiden zu wollen, sich mit dem Status einer Provinzmacht abzufinden.

Der Mathematiker und Ökonom Dr. Hans-Jochen Luhmann ist Senior Expert am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Er beschäftigt sich seit 25 Jahren mit ökonomischen Instrumenten und mit dem Flugverkehr und seiner Klimalast seit 15 Jahren.

Kontakt:
Tel. +49 (0)202 / 2492-133
E-Mail: jochen.luhmann@
wupperinst.org,
www.wupperinst.org



Wissenschaftspolitik

Wende zur Nachhaltigkeit

Warum wir mehr Forschung für die Menschen mit den Menschen brauchen

Wenn Deutschland nachhaltig werden will, muss auch die Forschung nachhaltig werden. Es wird Zeit, dass sich Bürgerinnen und Bürger hier einmischen und gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine neue Politik machen: für eine Forschung, die die Gesellschaft mitgestaltet und die ihr auch zugutekommt. ■ VON KAI NIEBERT, NATURFREUNDE DEUTSCHLAND, DNR

Man stelle sich einmal folgende Situation vor: Bürgerinnen und Bürger zwingen ihre Regierung zum Atomausstieg. Nach langem Drängen beugt diese sich dem Druck und beschließt, die Meiler abzuschalten. Gleichzeitig fördert sie aber – gemeinsam mit der EU – mit Milliardenbeiträgen die Atomforschung. Um eine nachhaltige Mobilität zu organisieren, steckt dieselbe Regierung mehrere Millionen Euro in die Entwicklung zur Umrüstung von Porsche-Sportwagen auf Elektromotoren. Das Ziel: „ein Spurtvermögen von 5,5 Sekunden für den Sprint von 0 auf 100, und eine Höchstgeschwindigkeit von 200 Stundenkilometern“. Man kommt voran, treibt dadurch jedoch immer mehr Autos auf die Straße und CO₂ in die Luft – der Strom muss ja schließlich irgendwoher kommen und die Kohleverstromung hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand erreicht. Das Gegenteil von Nachhaltigkeit tritt ein.

Öffentliches Geld für öffentliche Güter

Theoretisch geht in der Demokratie die Macht vom Volke aus. In Wirklichkeit jedoch haben die Abgeordneten im Forschungsausschuss viel weniger Gestaltungsmacht als das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit seinen häufig wirtschaftsnahen Kommissionen. Ökonomisch starke Partner der Automobilindustrie, der chemischen Industrie oder auch der großen Energieversorger stellen sich der Regierung als unverzichtbare Experten für Innovation zur Verfügung. Statt einer möglichst großen Vielfalt an Lösungswegen, die zu gesellschaftlich robusten und nachhaltigen Zukunftswegen

führen, orientieren sich die dort entworfenen Programme eher am Individualinteresse von Unternehmen.

Forschungspolitik aus öffentlichen Steuergeldern muss jedoch dem Gemeinwohl dienen. Schon im Sommer 2012 forderten deshalb Wissenschaft und Verbände von der Europäischen Kommission: „Forschung, die dazu beiträgt, dass Europa ein friedlicher Ort mit gesunder Umwelt wird, muss einen höheren Stellenwert gegenüber der Forschung bekommen, die vor allem auf marktfähige Produkte abzielt.“

Wenn ein nachhaltiges Deutschland in Europa entstehen soll, hat das nicht nur umfangreiche Implikationen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Auch die Art, wie und worüber geforscht wird, wird sich ändern müssen: Um Nachhaltigkeit zu erreichen, braucht es nicht nur Forschung über die Gesellschaft, sondern vor allem mit der Gesellschaft. Das bedeutet dann auch, dass die Zivilgesellschaft mitbestimmen dürfen muss, wie sich Forschung wohin entwickelt.

Fachliche Exzellenz und gesellschaftliche Kompetenz

Wer Wissen für Nachhaltigkeit erwerben will, braucht Wissen, das sich nicht nur an historisch gewachsenen Disziplinen wie der Physik, der Soziologie oder der Biochemie orientiert, sondern eine Wissenschaft, die Probleme der Gesellschaft analysiert und Lösungsvorschläge macht. Notwendig ist eine problembezogene Kooperation zwischen den Wissenschaften – Interdisziplinarität – und eine Kooperation mit Akteuren außerhalb der Wissenschaft – Transdisziplinarität. Dafür müssen über viele Jahrzehnte

gewachsene Strukturen von Fördersystemen, Reputations- und Ausbildungssystemen verändert werden.

Viele gesellschaftliche Entwicklungen seit Beginn der Industrialisierung waren technologisch getrieben. Bei den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie dem Klimawandel, der Bevölkerungsentwicklung, der Ressourcennutzung und dem Biodiversitätsverlust wird dagegen deutlich, dass sich Lösungsbeiträge nicht mehr nur durch technologische Fortschritte, sondern nur durch umfassende soziale und institutionelle Innovationen erreichen lassen: Nicht das Elektroauto wird den Klimawandel bremsen, sondern veränderte Mobilitätsstrukturen.

Von der Beobachtungswissenschaft zur Veränderungswissenschaft

Herkömmliche Forschung produziert Beobachtungs- und Erklärungswissen. Seit Jahrhunderten entdeckten Forscherinnen und Forscher die Welt in ihren Einzelheiten, wie zum Beispiel Linné, der die Lebewesen ordnete. Oder Darwin, der erklärte, warum die Welt sich wie ordnet. Für den Wandel hin zur Nachhaltigkeit ist hingegen mehr erforderlich: Gebraucht wird Zielwissen, das Auskunft über mögliche und wünschenswerte Entwicklungszustände gibt sowie Transformationswissen, ein kontext- und situationsabhängiges Wissen zur Gestaltung von konkreten Veränderungsprozessen. Dafür müssen Forschung und Zivilgesellschaft, also Forscher und zu Erforschende, eng zusammenarbeiten. Dabei kommt Akteuren aus der Gesellschaft eine neue Rolle zu. Sie sind nicht mehr Konsumenten von Forschungsergebnissen, sondern in die Problemstellung

und in den Wissenschaftsprozess selber einbezogen. Das schafft „sozial robustes Veränderungswissen“, das sowohl im Wissenschaftssystem als auch für die gestaltenden Bürgerinnen und Bürger anschlussfähig ist.

Die Zivilgesellschaft mischt sich ein

Aus einem Verbändeförderprojekt des Bundesumweltministeriums (BMU) zu Transparenz und Partizipation in Forschung hat sich 2012 die zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende gegründet. Sie wird von Verbänden wie der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) und dem Deutschen Naturschutzring (DNR) getragen und mischt sich als Anwältin der Bürgerinnen und Bürger in die Forschungspolitik ein. In Workshops und Tagungen haben die Mitglieder Positionen ausgehandelt, wie sich die Forschungspolitik künftig aufstellen sollte (*siehe Kasten*). Doch auch darüber hinaus kommt langsam Bewegung in die Gesellschaft:

Im Jahr 2011 forderten rund 100 Verbände in einem gemeinsamen Aufruf eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Forschungspolitik. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) plädierte in seinem Jahresgutachten 2011 für einen Gesellschaftsvertrag für „eine große Transformation“, der mit einer Neuaufstellung der Wissenschaft einhergeht. Der BUND legte 2012 ein Positionspapier „Nachhaltige Wissenschaft“ vor, das viele Bereiche der aktuellen Diskussion zusammenfasst.

In ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass die Wissenschafts- und Forschungspolitik durch mehr Partizipation gestärkt werden soll. Verbände, Gewerkschaften und Kirchen stehen mit der Plattform Forschungswende bereit für einen Dialog auf Augenhöhe.

Damit die zivilgesellschaftlichen Organisationen gewinnbringend für die Nachhaltigkeit in der Wissenschaft eintreten können, muss die Forschungspolitik zu einem wichtigen Arbeitsfeld der Verbände werden. Dazu soll ein organisierter Austausch zwischen Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft führen und statt Alarmisie-

Forderungen der Verbände

- ▶ Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft durch Beteiligung bei der Formulierung von Forschungsfragen und -programmen sowie in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen.
- ▶ Einrichtung eines Wissenschaftsforums und eines Forschungsfonds der Zivilgesellschaft und wissenschaftspolitisches Capacity Building.
- ▶ Entwicklung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung.
- ▶ Forschungsprogramme und -aktivitäten für Zukunftsthemen und transdisziplinäre Forschung deutlich ausbauen.
- ▶ Zivilgesellschaft in Forschungsprojekte einbinden bei Problemformulierung, Integration von Praxiswissen und Umsetzung in Forschungsprojekte, und bürgernahe, partizipatorische Einrichtungen wie Wissenschaftsläden stärken und etablieren.
- ▶ Disziplinen übergreifende Strukturen nachhaltiger Wissenschaft an Hochschulen und bestehende außeruniversitäre Kompetenzzentren der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung fördern.
- ▶ Freier Zugang zu Forschungsergebnissen.
- ▶ Grundlagen und Qualitätsstandards der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung weiterentwickeln.
- ▶ Jährlich eine Milliarde Euro mehr für transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung bereitstellen.
- ▶ Ausreichende Ausstattung der Hochschulen für die freie Forschung und Lehre sicherstellen, insbesondere durch die Erhöhung der Grundmittelquote.

rung und Skandalisierung gemeinsame Lernstrategien ermöglichen. Fragen wie „Wurden die richtigen Probleme adressiert? Wie wurden sie gelöst? Ist der Aufwand angemessen?“, müssen partizipativ angegangen werden. Dies setzt vonseiten der Bürger Scientific Citizenship voraus, also die Bereitschaft sich in die Wissen-

schaft einzumischen. Das will die zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende mit den Verbänden erreichen.

Nachhaltiges Forschungsmenü

Der Anspruch einer Wissenschaft für Nachhaltigkeit zielt nicht auf die Stärkung bestimmter Inhalte im Wissenschaftssystem. Vielmehr brauchen wir ein neues Verständnis von Wissenschaft, eine Wissenschaft, die zu einem Treiber gesellschaftlichen Wandels in Forschung und Lehre wird. Dafür ist neben Spezialprojekten für mehr Nachhaltigkeit auch eine Diffusion der Nachhaltigkeitsidee in alle Bereiche und Disziplinen notwendig.

Es geht also nicht in erster Linie darum, Sonderprojekte für die Transformation der Gesellschaft zu entwickeln. Nachhaltigkeit im Wissenschaftssystem kann nur gelingen, wenn sie an bestehende Strukturen, Steuerungs- und Förderinstrumente anknüpft.

Die Freiheit von Forschung und Lehre muss dabei erhalten bleiben. Aber schon im Grundgesetz steht, dass sie sich an der Verfassung orientieren muss. In Artikel 20a heißt es: Der Staat schützt auch in Verantwortung zukünftiger Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen. Der Staat und seine Steuerzahler sollten das ernst nehmen. Es gilt nicht nur: Wer das Menü bestellt, muss es auch bezahlen. Sondern auch: Wer das Menü bezahlt, darf es auch auswählen. Gestalten wir also ein nachhaltiges Forschungsmenü. Guten Appetit.

Dr. Kai Niebert ist Professor an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings.



Kontakt:
Tel. +49 (0)4131 / 677 1968
E-Mail: niebert@leuphana.de,
www.forschungswende.de

Abfallpolitik

Zu viel Biomüll bleibt ungenutzt

Es bleibt viel zu tun, damit im nächsten Jahr alle Bürgerinnen und Bürger eine Biotonne benutzen

Deutschland gibt sich in Sachen Abfallentsorgung und -recycling gern als Vorzeigestaat, bei Getrenntsammlung und Verwertung von Bioabfällen hinkt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich aber hinterher. Das liegt auch daran, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern die Biotonne noch nicht angeboten wird. Ändert sich das nicht, verspielt Deutschland eine wichtige Chance für Ressourcen- und Klimaschutz. ■ VON ANNETTE OCHS, BDE

Die Deutschen sind Recycling-Weltmeister. Aber gilt das auch für den Bioabfall? Immerhin: Bereits die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger verfügt über eine Biotonne. Der europäische Vergleich zeigt aber, dass zumindest Österreich und die Niederlande Deutschland auf die Plätze verweisen. Woran aber liegt es, dass es in den 1990er-Jahren einen regelrechten Boom bei der Getrenntsammlung und Verwertung von Bioabfällen gab? Und warum sind seither – trotz der Pflicht zur Getrenntsammlung von Bioabfällen ab Januar 2015 – nur noch minimale Steigerungen erkennbar?

Die Getrenntsammlung von Bioabfällen wird in den einzelnen Bundesländern schon seit jeher sehr unterschiedlich gehandhabt und umgesetzt. Dementsprechend unterscheiden sich die Ergebnisse: Während Niedersachsen, wo im Durchschnitt pro EinwohnerIn und Jahr 153 Kilogramm an Küchen- und Speiseresten aus Haushalten sowie Garten- und Parkabfällen eingesammelt werden, den Spitzenplatz belegt, erfassen die Stadtstaaten Berlin und Hamburg weniger als ein Viertel davon.⁽¹⁾ Allerdings ist das fehlende Bewusstsein für eine getrennte Erfassung und Verwertung von Bioabfällen nicht ausschließlich ein Problem der Stadtstaaten. Denn es gibt sehr gute Beispiele aus den Ballungsräumen des Ruhrgebiets, hier vor allem in Dortmund, wo die Getrennterfassung und Verwertung hervorragend funktionieren. Hinzu kommt: Auch Flächenländer, insbesondere im Osten der Republik, hinken der Zielvorgabe der Bundesregierung weit hinterher, spätestens ab Januar 2015 alle Bioabfälle aus Haushalten getrennt zu erfassen. Vielen Kommunen bleibt weniger

als ein Jahr Zeit, um Sammel- und Verwertungsstrukturen anzupassen. Leider ist gerade in den Regionen, die eine solche Initiative dringend nötig hätten, bisher wenig bis gar nichts passiert.

Wichtiger Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz

Dass die Getrenntsammlung von Bioabfällen ökologisch vorteilhaft ist, ist unbestritten.⁽²⁾ Aus den organischen Abfällen werden hochwertige Komposte und Gärprodukte erzeugt, die als organischer Dünger eingesetzt werden und damit mineralische Produkte ersetzen. Das ist ein wertvoller Beitrag zum Ressourcenschutz. Darüber hinaus lassen sich aus Bioabfällen erneuerbare Energien wie Biogas gewinnen. Die wiederum helfen, den Klimawandel einzudämmen.

Diese Argumente reichen vielen Kommunen nicht aus. Sie führen stattdessen die Unzumutbarkeit höherer Kosten an. Es lässt sich allerdings trefflich darüber streiten, wann die Grenze der finanziellen

Unzumutbarkeit erreicht ist. Denn bloße Mehrkosten begründen keine Unzumutbarkeit.⁽³⁾ Fakt ist auch, dass der Mehraufwand, der mit einer getrennten Erfassung und Verwertung von Bioabfällen einhergeht, nicht zwingend zu höheren Kosten führt. Oftmals ist genau das Gegenteil der Fall. Denn Behandlungsverfahren wie die Kompostierung oder zum Teil auch Vergärung können deutlich preiswerter angeboten werden als die Entsorgung von gemischten Restabfällen.⁽⁴⁾

Zu einem Problem für die Verwertung von Bioabfällen werden viel mehr die genügend vorhandenen Entsorgungskapazitäten wie Restabfallbehandlungsanlagen oder Müllverbrennungsanlagen, die weiter genutzt und ausgelastet werden sollen. Teilweise bieten sie Abfallentsorgung zu Dumpingpreisen an, die jeglichem Recycling die wirtschaftliche Basis entziehen. Das aber kann nicht im Interesse des Klima- und Ressourcenschutzes sein.

Eigenkompostierung statt Biotonne?

Ein weiterer beliebter Grund, die Biotonne nicht einzuführen, ist die flächendeckende Eigenkompostierung. Natürlich muss es in Siedlungsstrukturen mit traditionell großen Gartenanteilen weiterhin möglich sein, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Abfälle selbst kompostieren und wieder nutzen. Das ist und bleibt gelebte Kreislaufwirtschaft. Allerdings dürfen die EigenkompostiererInnen nicht vergessen, dass beispielsweise ein Zierrasen deutlich weniger Dünger benötigt als ein Nutzgarten, in dem Gemüse und Obst angebaut werden. Ein Garten sollte also ausreichend Fläche vorhalten, um den selbst produzier-

EU-Jahr des Abfalls

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat 2014 zum EU-Jahr des Abfalls erklärt und die Überarbeitung der Abfallpolitik zu seinem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Mit einer Artikel-Reihe will *umwelt aktuell* einzelne Aspekte und Herausforderungen der nationalen und europäischen Abfallpolitik ausführlich beleuchten und vorstellen. [red]

ten Kompost auch wieder sinnvoll einsetzen zu können. In der Fachöffentlichkeit werden unterschiedliche Vorschläge dazu diskutiert, die in etwa 50 Quadratmeter Nutzgarten pro EinwohnerIn vorsehen. Ein klassischer Vierpersonenhaushalt müsste demnach mindestens 200 Quadratmeter Nutzgarten bewirtschaften, um den selbst erzeugten Kompost wieder sinnvoll einsetzen zu können.

Ganz abgesehen davon sind es in der Regel eher die Gartenabfälle wie Baum- und Strauchschnitt oder Laub, die in einer Ecke des Gartens wiederverwertet werden. Nur ganz selten finden sich dort Küchen- und Speisereste wieder. Untersuchungen des Restmülls aus der grauen Tonne bestätigen das. Danach ist die prozentuale Menge an Lebensmitteln und Speiseresten in der Restmülltonne immer gleich – unabhängig davon, ob eine Biotonne vorhanden ist, ob hierauf wegen der Eigenkompostierung verzichtet wird oder ob gar keine Getrenntfassung angeboten wird.⁽⁵⁾ Somit bleibt die Biotonne auch für den Eigenkompostierwichtig. Die Herausforderung wird sein, zukünftig auch Lebensmittel und Speisereste für eine getrennte Erfassung und Verwertung zu gewinnen.

Speisereste: vermeiden, getrennt sammeln, verwerten

Immer noch landen zu viele Küchen- und Speisereste in der grauen Restmülltonne. Grundsätzlich sind solche Reste durch sinnvollen Einkauf und bedarfsgerechte Zubereitung zu vermeiden. Gegen die Verschwendung von Lebensmittelabfällen hatte auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Jahr 2012 die Initiative „Zu gut für die Tonne“ gestartet und in der Zwischenzeit erste Erfolge vermeldet.

Darüber hinaus sollten unvermeidbare organische Abfälle einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden. Das ist vor allem in Verbindung mit einer Getrenntsammlung möglich. Von daher ist es durchaus überraschend, dass einige Städte und Gemeinden immer noch gekochte Speiseabfälle, Fleisch und Wurstwaren, Fischreste, feuchtflüssige Nahrungsmittel

wie beispielsweise Quark oder Joghurt oder auch Tierfutterreste durch ihre Abfallsatzung aus der Biotonne ausschließen und damit allein den Weg über die Restmüllentsorgung gestatten. Das ist umso verwunderlicher, als gerade diese Abfälle über Fett-, Eiweiß- und Zuckeranteile verfügen, aus denen besonders gut Biogas gewonnen werden kann. Es ist daher zwingend erforderlich, dass Städte und Gemeinden ihre Abfallsatzungen hierauf prüfen und entsprechend anpassen.

Biotonne nutzerfreundlich gestalten

Letztendlich sind die Bürgerinnen und Bürger selbst diejenigen, die Getrenntsammlung in ihren Haushalten umsetzen müssen. Im direkten Gespräch werden oft Geruch und Hygienegründe als Haupthemmnisse genannt. Diese sind nur teilweise nachvollziehbar, denn die Biotonne als solches bedingt ja nicht, dass der organische Abfall darin geruchsintensiver oder unhygienischer ist als in der Restmülltonne. Nichtsdestotrotz müssen bei Behälterstandort, der schattig ausgewählt werden sollte, und Abfuhrintervallen, die im Sommer entsprechend kürzer sein müssen, gewisse Rahmenbedingungen einfach stimmen. Darüber hinaus müssen das System nutzerfreundlich, Haushalte mit geeigneten Vorsammelgefäßen für ihre Küche ausgestattet sein und gleichzeitig Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Dazu gehört auch, Informationsbroschüren in verschiedenen Sprachen zur Verfügung zu stellen.

Hamburg ist es beispielsweise mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit gelungen, die getrennt erfassten Abfallmengen deutlich zu steigern. Leider sparen Kommunen trotz dieser Positivbeispiele zunehmend die Stelle des Abfallberaters ein und auch bei Ausschreibungen wird zu wenig Wert auf begleitende Informationskampagnen gelegt. Dabei sind diese enorm wichtig, um einerseits die Beteiligung zu erhöhen und um andererseits die Qualität der gesammelten organischen Abfälle sicherzustellen. Denn nur so können am Ende hochwertige Komposte und Gärprodukte hergestellt und dadurch die Nachfrage nach impor-

tierten Rohstoffen zur Düngung der Böden reduziert werden.

Getrenntsammlungspflicht konsequent umsetzen

Spätestens mit Beginn des nächsten Jahres sind Bioabfälle per Gesetz getrennt zu erfassen. Angesichts aktueller Schätzungen, dass nur die Hälfte aller Haushalte in Deutschland über eine Biotonne verfügt, scheint es aber höchst zweifelhaft, dass diese gesetzliche Vorgabe von allen Städten und Gemeinden fristgerecht umgesetzt wird. Gemeinsam mit dem Bund haben die Länder die Aufgabe, ihre für abfallwirtschaftliche Maßnahmen zuständigen Städte und Gemeinden wesentlich stärker in die Pflicht zu nehmen, als dies bisher in weiten Teilen geschehen ist.

Eine negative Konsequenz haben die Städte und Gemeinden vermutlich nicht zu erwarten, anders ist deren Zurückhaltung nicht zu begründen. Die Anwartschaft auf den erneuten Weltmeistertitel im Recycling sollte Deutschland aber nicht zu schnell und zu leichtfertig aufgeben.

Anmerkungen

- ▶ (1) Statistisches Bundesamt, Fachserie 19, Reihe 1, 2011
- ▶ (2) Broschüre BMU/UBA (2012): Ökologisch sinnvolle Verwertung von Bioabfällen. Download: www.bmu.de
- ▶ (3) EUWID Recycling und Entsorgung 39. 2013, S. 3
- ▶ (4) VHE-Studie (2006): Kostenbetrachtung für die separate Bioabfallsammlung und -behandlung. Download: www.vhe.de
- ▶ (5) Kern, M. (2013): Optimierung der Bioabfallfassung zur stofflichen und energetischen Verwertung. In: Witzhausen-Institut, Neues aus Forschung und Praxis, S. 29

Dr. Annette Ochs leitet den Fachbereich Biologische Behandlungsverfahren im BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft und betreut darüber hinaus die Themen Klimaschutz und Energiewende.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 5900335-55,
E-Mail: ochs@bde.de,
www.bde.de

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Abfallpolitik I

Mit Plan gegen Meeresmüll

■ Um der zunehmenden Vermüllung des Mittelmeers entgegenzuwirken, haben die Mittelmeerländer im Dezember ein neues Ergänzungsprotokoll zur Barcelona-Konvention unterzeichnet. Darin verpflichten sie sich, die Verschmutzung des Meeres zu bremsen und Abfall zu beseitigen, der bereits ins Meer gelangt ist. Damit das gelingt, wollen die teilnehmenden Länder eine Politik zur Produzentenverantwortung einführen und den Plastikverbrauch allmählich senken. Pfandsysteme sollen VerbraucherInnen dazu bringen, mehr zu recyceln und weniger wegzuworfen. Außerdem sollen Fischer dazu aufgefordert werden, Müll, der sich in ihren Netzen sammelt, mit an Land zu bringen, um das Meer zu säubern.

Die Barcelona-Konvention ist im Februar 1978 mit dem allgemeinen Ziel in Kraft getreten, die Verschmutzung des Mittelmeers einzudämmen. Alle Mittelmeerstaaten haben die Übereinkunft unterzeichnet, darunter auch die EU. Die Konvention wird über verschiedene Unterprotokolle umgesetzt. Der neu beschlossene Regionalplan wird in den meisten der 21 Vertragsstaaten Anwendung finden. Alle zwei Jahre wollen sich die Staaten über Durchführung, Wirksamkeit und Probleme austauschen. Außerdem planen sie, eine Datenbank über die Abfälle im Meer zu entwickeln und eine Expertenberatungsgruppe einzuberufen. [rm]

► Zum Ergänzungsprotokoll (engl., PDF):
www.kurzlink.de/marine-litter-conv13

Abfallpolitik II

Stahl bedroht Recycling

■ Die Pläne der Europäischen Kommission, den europäischen Stahlsektor wiederzubeleben, gefährden das Recycling.

Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Recyclingverbandes Ferrous Recovery and Recycling Federation (EFR).

Im Auftrag der EFR hat das französische Beratungsunternehmen Laplace Conseil den Kommissionsvorschlag vom Sommer untersucht. Die Kommission will den Export von Altmittel strenger regulieren, um die Versorgungssicherheit in Europa zu gewährleisten. Laut der Studie beeinträchtigt dies jedoch die Wirtschaftlichkeit des Recyclingsektors. Demnach seien Ausfuhrbeschränkungen unnötig, da die EU über 2,5 Milliarden Tonnen Altmittel verfüge und Recycling durch die Nachfrage und nicht die Verfügbarkeit von Altmittel bestimmt würde. Die Einschränkung des Exports würde somit lediglich Unsicherheit produzieren, da die Preise für Altmittel in der EU von den Weltmarktpreisen entkoppelt würden. Zudem hätte der Recyclingsektor geringere Umweltauswirkungen als die Hochöfen, die benutzt werden, um Stahl aus neuem Erz herzustellen. Die AutorInnen der Studie fordern deshalb, für die Stahlerzeugung das innereuropäische Altmittelrecycling zu fördern, anstatt auf das Schmelzen importierten Erzes zu setzen. [ej]

► EFR-Studie (engl., PDF, 8 MB):
www.kurzlink.de/efr-study-steel-2013

Recycling

Kein Abfallende für Altpapier

■ Mitte Dezember hat das EU-Parlament einen Vorschlag der EU-Kommission für sogenannte End-of-Waste-Kriterien für Altpapier mit großer Mehrheit abgelehnt. Die vorgeschlagene Verordnung sollte regeln, unter welchen Bedingungen Altpapier nach seiner Sammlung und Sortierung nicht mehr als Abfall gegolten hätte. Die ParlamentarierInnen folgten aber der Argumentation des Verbands der europäischen Papierindustrie CEPI: Sollten die Abfalleigenschaften von Altpapier enden, bevor dieses ordnungsgemäß recycelt und aufbereitet wurde, könnte sich das negativ auf die Recyclingraten in der EU auswir-

ken und zu höheren Verunreinigungen im Altpapier führen, hieß es im Parlamentsbeschluss.

Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) begrüßte die Ablehnung des Kommissionsvorschlags, äußerte aber grundsätzlich Bedauern darüber, dass damit vorerst keine Abfallende-Verordnung für Altpapier in Kraft trete. Nach dem negativen Votum im EU-Parlament teilte die Kommission mit, dass sie ihren Verordnungsvorschlag zurückziehen werde. Damit bleibt es beim Status quo der Abfallgesetzgebung. [dh]

► www.kurzlink.de/abfallende-resolu-ep
► www.bde-berlin.org

Cadmium

Verbot war rechtswidrig

■ 2011 hatte die EU-Kommission ein Verbot für Cadmiumfarben in Plastik ausgesprochen – ohne diesen Schritt wie vorgeschrieben zu prüfen und zu begründen. Das Gericht der Europäischen Union urteilte Ende November deshalb, dass die Kommission das Verbot zurücknehmen muss.

Bereits 1991 hatte es in der EU das erste Verbot von Cadmiumpartikeln in einigen Kunststoffen gegeben, 2006 wurde es in den Annex 17 der europäischen Chemikalienverordnung REACH überführt. Nach seiner Ausweitung 2011 galt das Verbot für alle Kunststoffe mit Ausnahme von Produkten, die aus Sicherheitsgründen mit Cadmium gefärbt sind.

Die International Cadmium Association, der Dachverband der Cadmiumindustrie, und zwei britische Hersteller von Cadmiumfarben hatten gegen das Verbot geklagt. Das Gericht der Europäischen Union gab ihnen jetzt recht. Die Studien, auf deren Grundlage die Kommission das Verbot gefällt hatte, seien zu allgemein gewesen und hätten nicht alle relevanten Aspekte berücksichtigt, urteilten die Richter. Die EU-Kommission hatte die Ausweitung des Verbots schon 2012 wieder zurückgenommen und muss jetzt noch 90 Prozent der Verfahrenskosten tragen.

Das Schwermetall Cadmium ist krebserregend und gewässergefährdend. Über Haut- und Mundkontakt sowie über giftige Dämpfe kann es negativ auf die menschliche Gesundheit wirken. [dh]

► www.kurzlink.de/eu-curia-14-11-2013

Chemikalien

Neue PAK-Regeln ab 2015

■ Ab Dezember 2015 gelten strengere Vorschriften für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) in zahlreichen Verbrauchsgegenständen. Eine entsprechende Ergänzung des Annexes 17 der europäischen Chemikalienrichtlinie REACH trat im Dezember in Kraft.

In Plastik- und Gummiprodukten, die in Kontakt mit Haut und Mund kommen können, soll ab Dezember 2015 ein Grenzwert von einem Milligramm pro Kilogramm gelten – das betrifft beispielsweise Kleidung, Haushaltswaren oder Sportausrüstung. Für Spielzeug und Kinderpflegeprodukte gilt sogar ein Grenzwert von 0,5 Milligramm pro Kilogramm.

Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, die unter anderem bei der Verbrennung von fossilen Rohstoffen, Tabak oder Holz entstehen, gelten als gefährliche Umweltschadstoffe. Sie sind nur sehr gering wasserlöslich, besonders langlebig und krebserregend. Nur wenige PAK-Verbindungen werden künstlich hergestellt, in der Regel gelangen sie als natürlicher Bestandteil etwa von Weichmacherölen in Verbraucherprodukte. [dh]

► www.kurzlink.de/eu-off-journal-61213

REACH

Neue Chemikalien auf Liste

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat in der vergangenen Woche sieben neue besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) auf die Kandidatenliste der EU-Chemikalienverordnung REACH

gesetzt. Unter den neu aufgeführten Substanzen sind vor allem fortpflanzungsgefährdende und krebserregende Stoffe. Darunter der Weichmacher Diheylphthalat, Blei(II)acetat, Trixylyl Phosphat und Imidazolin-2-Thion, das bei beispielsweise bei der Herstellung von Gummireifen eingesetzt wird. Außerdem will die ECHA auch Cadmiumsulfid und zwei karzinogene Dinatriumhydrogenphosphate in den REACH-Annex aufnehmen. [dh]

► www.kurzlink.de/echa-reach-cand12-13

Greenpeace-Studie

Giftige Outdoorklamotten

■ Atmungsaktiv, wasserabweisend und winddicht – Funktionskleidung für den Outdoorsport muss unterschiedlichen Anforderungen genügen. Möglich machen das Hightechmaterialien und viel Chemie. Greenpeace hat 15 Jacken und zwei Paar Handschuhe von 12 Markenherstellern auf Chemikalien untersucht und auch die Ausdünstungen in die Luft gemessen. Das Ergebnis: In allen Kleidungsstücken konnten die Umweltschützer sogenannte per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) nachweisen. Der gesetzliche Grenzwert für die gesundheitsschädliche Perfluorsulfonsäure (PFOS) wurde bei einem Paar Handschuhe sogar um ein Neunfaches überschritten. Auch Jacken von drei Herstellern wiesen eine bedenkliche PFOS-Konzentration auf.

PFC werden in der Umwelt nur schwer abgebaut und gelangen so auch in den menschlichen Organismus. Sie können das Immunsystem und die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und stehen im Verdacht, Krebs zu erregen. PFOS ist allerdings die einzige Fluorverbindung, für die ein gesetzlicher Grenzwert gilt. Auch in Kinderkleidung von zwölf Herstellern konnte Greenpeace gefährliche Chemikalien nachweisen. Sogar teure Kleidung enthielt dabei genauso viele Weichmacher, Noylphenolethoxylate und PFC wie Billigware. [dh]

► www.kurzlink.de/gp-kinderklei-test14

► www.kurzlink.de/gp-outdoortest13-pdf

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Suffizienz

Effizienzsteigerungen allein reichen nicht aus, um Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß zu senken. Wir müssen unser Konsumverhalten insgesamt überdenken.

In seinem Buch »Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unentbehrlich ist« erklärt Manfred Linz nicht nur, warum wir einen genügsameren Lebensstil pflegen sollten. Er zeigt auch, dass mehr Suffizienz auch mehr Gerechtigkeit bringt – und beschreibt anschaulich ihre praktische Umsetzung.

M. Linz
Weder Mangel noch Übermaß
Warum Suffizienz unentbehrlich ist

146 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-399-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Nanotechnologie

Deutsche sehen Vorteile

■ Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat untersucht, wie BürgerInnen und Medien in Deutschland Nanotechnologie wahrnehmen. Bereits 2007 hatte es eine ähnliche Befragung gegeben. Seither sei das Wissen über Nanomaterialien deutlich gewachsen, auch wenn das Thema in den Medien nicht mehr so häufig aufgegriffen würde. Die Berichterstattung über Nanotechnologie sei stark anwendungsorientiert und ginge kaum auf mögliche Risiken ein, so das BfR. Das spiegelt sich auch in der allgemeinen Wahrnehmung der Bevölkerung wider: Sie schreibt der Technologie deutlich mehr Vor- als Nachteile zu. [dh]

► www.kurzlink.de/bfr-umfrage-nano2013

Feinstaub

Auch in kleinen Mengen gefährlich

■ Für Feinstaubpartikel, die bis zu 2,5 Mikrometer groß sind, gilt in der EU ein Grenzwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter. Dabei kann schon eine deutlich geringere Feinstaubbelastung erhebliche

Gesundheitsschäden hervorrufen. Das zeigt eine Zusammenfassung von 22 europäischen Studien zur Luftverschmutzung.

Die winzigen Partikel können tief in die Lungen und in den Blutkreislauf geraten und Krebserkrankungen, Asthma, Allergien oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen auslösen. Angesichts der besonderen Gesundheitsgefahren kleiner Feinstaubpartikel empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen Grenzwert von zehn Mikrogramm. [dh]

► www.kurzlink.de/airpollcancer13.pdf

Neue Luftpolitik

Längst überfällig, aber wenig ambitioniert

■ Über 400.000 sterben vorzeitig durch schlechte Luftqualität, 90 Prozent der europäischen GroßstadtbewohnerInnen atmen dreckige Luft. Die Fakten sind eindeutig: Luftverschmutzung ist das größte Umweltgesundheitsproblem in der EU und weltweit. Die EU-Kommission hat daher im Dezember ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Luftqualität in Europa verabschiedet, bleibt damit aber weit hinter den Erwartungen der Umwelt-NGOs zurück.

Mit dem Programm „Saubere Luft für Europa“ will die Kommission sicherstellen, dass bestehende Ziele kurzfristig erreicht und neue Ziele für den Zeitraum bis 2030 beschlossen werden. Das Programm setzt sich unter anderem aus Unterstützungsmaßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Städten sowie Investitionen in Forschung und Innovation zusammen. Auch eine Überarbeitung der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) steht im Vorschlag.

Demnach sollen strengere Grenzwerte für die sechs wichtigsten Luftschadstoffe festgelegt werden, darunter Ammoniak und Methan. Diese Vorgaben sollen aber erst ab 2030 gelten. Auch eine neue Richtlinie zur Verringerung der Verschmutzung durch mittelgroße Feuerungsanlagen ist angestrebt. Diese könnte beispielsweise Emissionsgrenzen für kleine Kraftwerke, die einzelne Straßenblöcke mit Strom versorgen, große Gebäude und Industrieanlagen festlegen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte den Kommissionsvorschlag grundsätzlich, kritisierte aber, dass die geplanten Maßnahmen zu wenig ambitioniert seien, um zur Verbesserung der Luftqualität beitragen zu können. „Die Pläne der EU-Kommission sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dennoch ist es paradox, dass die Kommission die

Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet



11
Juli 2013

Schwerpunkt Heft 11:
Was macht uns schlauer?



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen

oekom
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter www.avbstiftung.de

zahlreichen Appelle von WissenschaftlerInnen für ein schnelles Handeln ignoriert und die wichtigsten Maßnahmen auf 2030 vertagt“, sagte die EEB-Expertin Louise Duprez. Insgesamt fällt die Auswertung der Kommissionsaktivitäten im Jahr der Luft durchwachsen aus. Anfang Januar stellten das EEB und vier andere europäische Umwelt-NGOs der EU-Kommission ein schlechtes Zeugnis aus. Sie appellierten an Parlament und Ministerrat, die Gesetzesvorschläge schnell zu bearbeiten und entsprechend nachzubessern. [dh]

- ▶ NGO-Assesment (engl., PDF): www.kurzlink.de/ngo-yearofair114.pdf
- ▶ EU-Kommission „Clean Air for Europe“ (engl., PDF): www.kurzlink.de/ec-cleanairforeu.pdf
- ▶ Vorschlag NEC-Richtlinie (engl., PDF): www.kurzlink.de/nec-proposal-ec.pdf
- ▶ Verringerung der Verschmutzung durch mittelgroße Verfeuerungsanlagen (engl., PDF): www.kurzlink.de/medcombustplants.pdf

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Yasuní Nationalpark

Ölförderung beginnt

■ Im ecuadorianischen Yasuní Nationalpark haben im vergangenen Monat die Vorarbeiten für die Ölförderung im Gebiet des ITT-Feldes begonnen. Das Feld ist nach den Ölquellen Ishpingo, Tambococha und Tiputini benannt.

Ursprünglich sollte ein Klimaschutzfonds, den Regenwald im Nationalpark schützen. Allerdings scheiterte der Fond an zu geringen Einzahlungen und im weltweit artenreichsten Regenwald wird nun doch nach Öl gebohrt. Der ecuadorianischen Regierung ist Profit scheinbar wichtiger als Naturschutz. Umweltschützer kritisieren daher die Förderung. Auch die indigene Bevölkerung leistete Widerstand gegen die Ölförderung – die Proteste blieben aber erfolglos. [vw]

- ▶ www.kurzlink.de/Yasuni-Vorbereitung

Olympia

Winterspiele beginnen

■ Im Februar finden in Sotschi die 22. Olympischen Winterspiele statt. Die Organisatoren vermarkten die Spiele als „Winterspiele unter Palmen“. Die russische Stadt liegt auf dem gleichen Breitengrad wie Nizza am Mittelmeer. In dem nahe liegenden Bergzentrum Krasnaja Poljana war nahezu nichts für die Winterspiele bereit. Inzwischen sind alle Bauarbeiten aber abgeschlossen und seit Mitte Dezember liegt in den Skiessorts Schnee. Zur Absicherung stehen Notreserven mit Schnee für gut 30.000 Quadratmeter und Hunderte Schneekanonen bereit. Die Kosten belaufen sich auf fast 50 Milliarden Dollar, womit die Winterspiele in Sotschi die teuersten aller Zeiten sind. Ursprünglich hatten die Organisatoren mit einem kleinen zweistelligen Milliardenbetrag gerechnet.

Auch das Versprechen von „grünen Spielen“ und „null Abfall“ kann das Organisationskomitee nicht halten: Die lokale Naturschutzorganisation „Umweltwache Nordkaukasus“ schätzt, dass seit Beginn der Bauarbeiten rund 20.000 Hektar Wald abgeholzt wurden, obwohl die Region um Sotschi ein Unesco-Weltnaturerbe ist. Auch ein Vogelschutzgebiet musste fünf direkt am Meer gelegenen Stadien weichen. Millionen Kubikmeter Müll wurden in der Natur vergraben. Das hat Verunreinigungen des Grundwassers und Erdbeben zur Folge. Darüber hinaus bedroht eine neue Autobahn zwischen den Olympiadörfern in Sotschi und den Wettkampforten in den Bergen das empfindliche Ökosystem des Flusses Msymta.

Doch Demonstrationen von UmweltschützerInnen und MenschenrechtlerInnen sind nicht gern gesehen. Dennoch: Die Beschwerden von Arbeitern über sklavennähnliche Zustände häufen sich. Ebenso wie die Wut über die offensichtliche Korruption. Der Regierungsoptionelle Boris Nemzov schätzt, dass von den 50 Milliarden Dollar Gesamtkosten etwa 25 bis 30 Milliarden Dollar durch Korruption entstanden.

Kurz vor der Eröffnung der Winterspiele hat der russische Präsident Wladi-

mir Putin im Januar Demonstrationen in Sotschi erlaubt. Allerdings nur an einem genehmigten öffentlichen Platz und in vorheriger Absprache mit der Stadt Sotschi. [rm]

- ▶ www.kurzlink.de/sotschi14-zdf
- ▶ www.kurzlink.de/sotschi14-ts
- ▶ www.kurzlink.de/sotschi14-dw

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Internationale Klimaverhandlungen

Fortschritt nur in Trippelschritten

■ Der UN-Klimagipfel in Warschau ist Ende November mit mageren Ergebnissen zu Ende gegangen. Die Delegierten einigten sich auf einen Fahrplan für ein neues Klimaabkommen, das 2015 in Paris beschlossen werden soll. Hauptstreitpunkt der zweiwöchigen Verhandlungen war die Frage nach einem finanziellen Ausgleich für Schäden durch Klimawandel bedingte Naturkatastrophen in Entwicklungsländern.

Der Fahrplan für die Verhandlungen in Paris 2015 sieht vor, dass alle UN-Staaten im Frühjahr 2015 Klimaziele vorlegen, die dann von den anderen Staaten beurteilt werden. Der Fahrplan wurde in den Verhandlungen aber abgeschwächt, sodass nun nicht mehr von der Vorlage verbindlicher Ziele die Rede ist, sondern nur von „Beiträgen“.

Extrem zähe Verhandlungen und ungewöhnlich scharfe Kritik durch die Zivilgesellschaft prägten den Gipfel. Etwa 800 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verließen aus Protest die Verhandlungen, darunter große internationale Organisationen wie Friends of the Earth oder Green-

peace. Die Kritik der NGOs richtete sich neben dem mangelnden politischen Willen der Unterhändler, eine ehrgeizige Einigung zu erzielen, auch gegen die polnische Regierung, die den Klimagipfel großzügig von der (Kohle-)Industrie sponsern ließ.

Gleichzeitig mit dem Klimagipfel fand eine große internationale Kohlekonferenz in Warschau statt, auf der auch die UNFCCC-Generalsekretärin Christiana Figueres sprach und dabei die Ansicht vertrat, dass Kohle eine klimafreundliche Rolle spielen könne. Aufsehen erregte auch, dass der polnische Umweltminister Korolec während der Konferenz aus seinem Amt entlassen wurde, weil er der Schiefergasförderung in Polen zu viele Hürden in den Weg gestellt hatte. Als erstes EU-Land will Polen ab 2014 Schiefergas fördern. [am]

► www.unfccc.it

EU 2030

Erneuerbare ja, ehrgeizige Klimaziele nein

■ Zusammen mit MinisterInnen aus sieben weiteren Mitgliedstaaten hat Bundesenergieminister Sigmar Gabriel Anfang Januar von der europäischen Kommission ein „robustes“ EU-Ziel für erneuerbare Energien für 2030 eingefordert. Damit gibt es erstmals einen Zusammenschluss von Mitgliedstaaten, die sich ausdrücklich gegen ein alleiniges Treibhausgasziel wenden. Auf ein Effizienzziel, wie es der Koalitionsvertrag bekräftigt, gingen die Minister jedoch nicht ein.

In einem weiteren Brief forderte der neue Energieminister die Kommission zusammen mit Umweltministerin Barbara Hendricks, Italien, Großbritannien und Frankreich auf, dass die Treibhausgase um mindestens 40 Prozent sinken sollten – und zwar innerhalb von Europa, also ohne Ausgleichsmaßnahmen. Umweltgruppen verlangen ebenfalls eine Abkehr von Emissionsreduktionsprojekten im Ausland. Sie ließen oft in Wirkung und Nachhaltigkeit zu wünschen übrig und hätten entschieden

zur Zertifikateschwemme im Emissionshandel beigetragen.

Von der Höhe des eingeforderten Klimaziels zeigten sich die Klimaschützer jedoch enttäuscht. „Der Weltklimarat hat schon für 2020 eine Senkung der Treibhausgase um 40 Prozent empfohlen“, machte Stefanie Langkamp vom Deutschen Naturschutzring deutlich. „Setzt sich der Energieminister mit 40 Prozent durch, hinken wir dem Klimaschutz zehn Jahre hinterher.“ [am]

► Stefanie Langkamp, DNR, Tel: +49 (0)30 / 6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.eu-koordination.de

Treibhausgase

F-Gase bald Geschichte

■ VertreterInnen von Rat und EU-Parlament haben sich Mitte Dezember auf einen Kompromiss zur Reduzierung von fluorierten Treibhausgasen, kurz F-Gase, geeinigt. Bis 2030 sollen diese um 79 Prozent verringert werden, der Umweltausschuss im EU-Parlament hatte sogar eine Reduzierung um 84 Prozent gefordert. Für Neuwaren greifen Verbote zur Nutzung der extrem klimaschädlichen Gase je nach Sektor schon früher. Bis 2020 sollen Klimaanlage keine F-Gase mehr nutzen, ab 2022 dürfen sie auch in Großküchen-Kühlschränken nicht mehr eingesetzt werden. Umweltverbände begrüßten die Einigung und bezeichneten sie als „Anfang vom Ende der F-Gase“. Rat und Parlament müssen der revidierten Verordnung noch formell zustimmen. [am]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/f-gas

Klimawandel

Klimakiller Deutschland?

■ Im zweiten Jahr in Folge ist der CO₂-Ausstoß in Deutschland durch den kalten Winter, aber auch durch mehr Kohlestrom gestiegen. Hans-Joachim Ziesing von der AG Energiebilanzen erklärte: „Nach ersten

überschlägigen Schätzungen dürften sich die energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland um etwa 20 Millionen Tonnen oder um reichlich zwei Prozent erhöhen.“ Umweltverbände sprechen sich für CO₂-Grenzwerte aus, um die dreckigsten Kohlekraftwerke vom Stecker zu nehmen. [sl]

► www.ag-energiebilanzen.de

Emissionshandel I

Mini-Reparatur des Emissionshandels

■ Anfang Januar haben EU-Staaten das sogenannte Backloading, eine Mini-Reparatur des Emissionshandels beschlossen. 900 Millionen CO₂-Zertifikate sollen vorübergehend vom Markt genommen werden, um die CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel leicht zu stabilisieren.

Experten erwarten allerdings nur geringe Effekte auf den Emissionshandel. Nötig seien eine dauerhafte Löschung von Zertifikaten und eine Erhöhung des jährlichen Reduktionsfaktors, um die Zertifikateschwemme im Emissionshandel einzudämmen. Seit Monaten dümpelt der CO₂-Preis unter fünf Euro pro Tonne, mit negativen Auswirkungen auch auf die deutsche Energiewende: So erreichte in Deutschland die Braunkohleverstromung ihre höchsten Werte seit 1990. [sl]

► Emissionshandelsreform: www.ec.europa.eu/clima/policies/ets/reform

Emissionshandel II

Bislang keine Abwanderung

■ Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich Industrie aufgrund des Emissionshandels in den Jahren 2005 bis 2012 ins Ausland verlagert hat, so eine Studie im Auftrag der EU-Kommission vom November. Die Industrie hätte vor allem durch Nachfrageverschiebungen in Entwicklungs- und Schwellenländern Marktanteile verloren.

Die Studie betrachtet jedoch nicht, ob Investitionsentscheidungen ins Ausland verlagert wurden. [sl]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/docs/cl_evidence_factsheets_en.pdf

Energiewende

Koalitionsvertrag gefährdet die Energiewende

■ Der Deutsche Naturschutzring hat den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD Ende November als eine Gefährdung für die Energiewende gewertet. Ein Klimagesetz der SPD, das verbindliche CO₂-Standards für alle Sektoren vorschreibt, habe die Union abgewehrt und auch bei erneuerbaren Energien und Energiesparen gehe es nicht voran. „Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird durch einen Korridor begrenzt und stattdessen die klimaschädliche Kohle als unverzichtbar erklärt“, rügte DNR-Präsident Hartmut Vogtmann.

Aus Angst vorm Ausbremsen der Energiewende gingen in Berlin Ende November 16.000 Menschen auf die Straße. „Alle Umfragen zeigen: Die Bevölkerung will deutlich schneller raus aus der Atomkraft und nicht länger auf Kohle setzen“, sagte

Jochen Stay von der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“. [sl]

► www.energiewende-demo.de

Erneuerbare Energien

Strompreise bleiben stabil

■ Anders als RWE haben zwei Drittel der Stromanbieter in Deutschland zum Jahreswechsel nicht die Preise erhöht. Einige Ökostromanbieter, darunter Lichtblick, senkten ihre Preise sogar, trotz steigender EEG-Umlage. Erstmals werden so die derzeit dank der erneuerbaren Energien günstigen Kaufpreise für Strom an der Börse auch an die Verbraucher weitergegeben.

Die Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage steigt hingegen weiter: Die schwarz-gelbe Regierung befreite 2013 zusätzlich rund 500 Unternehmen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausführungskontrolle (Bafa) teilte mit, dass im Jahr 2014 zwischen 2.700 und 2.800 Unternehmen von der EEG-Umlage befreit wurden, 2013 waren es noch 2.300 Unternehmen. Die EU-Kommission prüft derzeit, ob die Ausnahmen gerechtfertigt sind. [sl]

► www.ec.europa.eu/competition/consumers/government_aid_de.html

EEG

Merkel für Industrie-Rabatte

■ Einen Tag nach ihrer Vereidigung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Dezember die EU-Kommission vor einem zu harten Vorgehen gegen die Industrierabatte beim Ökostrom gewarnt. Sie sagte, die Regierung würde eine Schwächung der deutschen Industrie und Arbeitsplatzverluste nicht hinnehmen. Kurz zuvor hatte die Kommission ein Beihilfeverfahren gegen das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeleitet. Die endgültige Entscheidung soll im Sommer 2014 gefällt werden. Zeitgleich hat die Kommission eine Konsultation zum Beihilferecht geschaltet. Darin gibt sie Aufschlägen auf den Börsenpreis den Vorrang gegenüber festen oder technologieabhängigen Einspeisevergütungen. [am]

► www.kurzlink.de/eu-wettbew-energie

Biokraftstoffe

Regenwald weiter gerodet

■ EU-MinisterInnen haben sich bei einem Treffen im Dezember nicht darauf einigen können, Treibhausgase von Agrosprit mithilfe von Nachhaltigkeitskriterien zu reduzieren.

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Schicksal

In der Lubminer Heide an der Ostseeküste, wo bis 1990 ein Kernkraftwerk stand, wurde auch die Anlandestation der russischen Ostseepipeline gebaut. Und ausgerechnet inmitten dieser beliebten Tourismusregionen wird weiter versucht, Kohle- und Gaskraftwerke zu errichten. Die vorliegende Chronik zum tragischen Schicksal dieser Landschaft berichtet aber ebenso von den Erfolgen bürgerlichen Engagements für Umwelt- und Naturschutz.

G. Vater

Schwarzbuch Lubminer Heide

Eine Chronik der Umweltgefährdung und Naturzerstörung an der Ostseeküste

468 Seiten, mit vielen Abbildungen, broschiert, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-449-4

Erhältlich bei

www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Die Ratspräsidentschaft plante, die Auswirkungen von indirekten Landnutzungsänderungen (ILUC) auf die Klimabilanz von Agrotreibstoffen zu berücksichtigen. Viele Biokraftstoffe wirken sich negativ auf das Klima aus. Indirekte Landnutzungsänderungen treten auf, wenn für den wachsenden Bedarf an Agrotreibstoffen neue Anbauflächen geschaffen werden müssen.

Umweltverbände kritisierten vor allem die Rolle der Bundesregierung bei der Abstimmung. Diese hat sich gegen eine verbesserte Klimabilanzierung ausgesprochen. „Anstatt Verantwortung zu übernehmen und sich mit anderen Mitgliedstaaten für ein Auslaufen der Agrosprit-Förderung einzusetzen, bedient die Bundesregierung erneut die Lobbyinteressen einer bestimmten Industrie. Es handelt sich um pure Wirtschaftsförderung. Deutschland muss sich an die Spitze der Länder setzen, die sich in der EU für ein Auslaufen der Agrosprittförderung starkmachen“, sagte Kathrin Birkel, Agrosprittexpertin des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Doch auch der Vorschlag der Ratspräsidentschaft steht in der Kritik: „Der Vorschlag war nicht in der Lage, Treibhausgase angemessen anzurechnen und somit den steigenden Gebrauch unnachhaltiger Biokraftstoffe zu reduzieren“, sagte Trees Robijns von der Umweltschutzorganisation BirdLife Europe. Unter dem Druck opponierender Mitgliedstaaten ist der Vorschlag bereits im Vorfeld massiv geschwächt worden. Eine Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament dürfte nun nicht vor 2015 anstehen. [ej]

► www.ec.europa.eu/energy/renewables/biofuels/biofuels_en.htm

Braunkohletagebau

Garzweiler II ist legal

■ Mitte Dezember hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass RWE den Braunkohletagebau Garzweiler II im rheinischen Braunkohlerevier in Nordrhein-Westfalen weiterbauen darf. Das Gericht

wies die Klage eines Bürgers ab, denn das Gemeinwohlbelangen der Energieversorgung sei höher als das Recht auf Heimat und Eigentum. Eine Klage des BUND war hingegen erfolgreich, weswegen BürgerInnen in Zukunft mehr Klagemöglichkeiten haben. „Die Zeiten, in denen die Betroffenen nahezu machtlos dem Bergbaubetreiber und dem Bundesbergrecht gegenüberstehen, sind vorbei“, bewertet Axel Kruschat vom BUND Brandenburg das Ergebnis. [vv, rm]

► Axel Kruschat, BUND Brandenburg,
Tel. +49 (0)331 / 23700 141,
E-Mail: axel.kruschat@bund.net, www.bund.net

Polen

Pro oder contra Kohle?

■ Laut einer Studie des Center for Public Opinion Research (CBOS) vom November wünschen sich in Polen 73 Prozent der Bevölkerung, dass die Regierung beim Klimaschutz aktiver werde. Etwa 89 Prozent der Befragten sind demnach für eine stärkere Förderung von erneuerbaren Energien und weniger als ein Fünftel der Befragten für einen höheren Anteil von Kohlestrom in der Energieversorgung. [sl]

► www.cbos.pl

Atomkraft

EU-Kommission will Neubau in Großbritannien prüfen

■ Die EU-Kommission will untersuchen, ob die garantierten Abnahmepreise, die die britische Regierung dem Energiekonzern EDF für den Neubau des Atomreaktors Hinkley Point C zugesagt hat, gegen das EU-Beihilferecht verstoßen.

Die konservativ-liberale Regierung will dem Betreiber für 35 Jahre einen Abnahmepreis von 92,50 Pfund pro Megawattstunde plus Inflationsrate garantieren – das ist fast das Doppelte des aktuellen Strompreises in Großbritannien. Die EU-

Kommission will nun prüfen, ob es sich bei dieser Preisgarantie um staatliche Subventionen handelt, die gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstoßen. Die Briten fürchten, dass die Untersuchung den Bau verhindern oder um Jahre verzögern könnte. Großbritannien setzt sich schon länger dafür ein, Atomkraft als „CO₂-arme“ Technologie mit Erneuerbaren gleichzustellen. Deren staatliche Förderung ist nur deshalb mit EU-Recht vereinbar, weil es auf EU-Ebene das Ziel gibt, den Anteil Erneuerbarer am Energiemix zu erhöhen. [am]

► www.ec.europa.eu/energy/nuclear

Fracking

Schieferöl-Peak in den USA?

■ Bis 2018 könnte das Fördermaximum von Schieferöl in den USA erreicht sein. Zu diesem Ergebnis kommt die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC). Die Daten stammen aus dem World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur (IEA), der einen Anstieg des Energieverbrauchs von einem Drittel bis 2035 prophezeit. Abdallah Salem El-Badri, der Generalsekretär der OPEC, sagte, dass an vielen Bohrorten in den USA die Förderraten schon jetzt stark zurückgingen würden, mitunter um 60 Prozent binnen eines Jahres. [vv, rm]

► www.iea.org

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelsicherheit

EU will Klonfleisch verbieten

■ EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg hat Ende 2013 Vorschläge präsentiert, wonach das Klonen von Tieren für die Lebensmittelherstellung und die Verwendung von Fleisch geklonter Tiere verboten werden sollen. Das Verbot bezieht

sich allerdings nicht auf Nachkommen von geklonten Tieren. Ob Fleisch von Klon-Nachkommen gekennzeichnet werden könne und solle, wird die Kommission prüfen. Die Richtlinienentwürfe sehen ein Verbot der Klontechnik bei landwirtschaftlichen Nutztieren und ein Verbot des Inverkehrbringens von lebenden Klontieren und Klonembryonen vor. Lebensmittel von Klontieren, zum Beispiel Fleisch oder Milch, sind für den EU-Markt nicht zugelassen.

Das EU-Parlament signalisierte bereits Widerstand dagegen, dass das Fleisch von Klon-Nachkommen nicht gekennzeichnet werden soll. Der CDU-Abgeordnete Peter Liese erklärte, das Fleisch von geklonten Tieren werde ohnehin nicht vermarktet. Daher sei die Kennzeichnung der Nachkommen nötig, damit die Verbraucher wüssten, was sie kaufen. Die EU-Abgeordneten hatten 2011 eine Klon-Gesetzgebung wegen der fehlenden Kennzeichnung von Nachkommenfleisch scheitern lassen. Die Vorschläge gehen jetzt zur Diskussion in das Europäische Parlament und den Rat der Mitgliedstaaten. [mbu]

- ▶ Vorschlag der Kommission zu Klonfleisch: www.europa.eu/rapid (Search: IP/13/1269)
- ▶ Website der Kommission zu Klonfleisch: www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/initiatives_en.htm

Öko-Verordnung

EU plant Reform

■ Medienberichten zufolge will EU-Agrar-Kommissar Dacian Cioloș die Regelungen für biologisch erzeugte Lebensmittel reformieren. Die Produktion soll noch umweltfreundlicher und besser kontrolliert werden.

Weil es in der Vergangenheit auch in der Biobranche Lebensmittelskandale gegeben hat, soll die europäische Ökoverordnung komplett überarbeitet werden. Damit will die Kommission nach eigenen Angaben das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bioprodukte stärken. Voraussichtlich im März könnte ein neuer Verordnungsentwurf veröffentlicht werden.

Nach Informationen des Spiegel und der taz müssen Bioerzeuger künftig garantieren, dass ihre Waren höchstens so viel Pestizide enthalten wie für Babynahrung erlaubt. Ausgeschlossen werden soll auch, dass Biobetriebe gleichzeitig herkömmliche Produkte erzeugen. Risikoanfällige Betriebe sollten häufiger kontrolliert werden. Für Händler und Verarbeiter sei ein Umweltmanagementsystem vorgesehen.

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) warf der Kommission vor, falsche Prioritäten zu setzen. Seit Jahren lägen wichtige Änderungen der Regelungen für die Ökogeüßelhaltung in Brüssel auf Eis, ebenso zum Anbau in Gewächshäusern und der Verarbeitung von Ökoprodukten, sagte der Vorsitzende des BÖLW Felix Prinz zu Löwenstein. Was wirklich gebraucht würde, läge auf dem Stapel, so Löwenstein. [mbu]

- ▶ EU-Ökoverordnung (2007): www.kurzlink.de/eu-oeko-vo-2007pdf
- ▶ BÖLW zu geplanter Revision der Ökoverordnung: www.kurzlink.de/boelw-oeko-vo-2014

Lebensmittelverschwendung

Ein Jahr Foodsharing

■ Seit dem 12.12.2012 hat der Verein Foodsharing über seine Internetplattform 30.000 registrierten Nutzern ermöglicht, rund 25.000 Kilo Lebensmittel zu teilen. Auf der Website von Foodsharing kann jeder Essenskörbe anbieten oder selbst das vorhandene Lebensmittelangebot nutzen. Zusätzlich sammeln 1.800 sogenannte Foodsaver Essensreste aus Restaurants oder Supermärkten, um diese beispielsweise an Hilfsorganisationen zu verteilen. Mittlerweile handelt es sich dabei um wahrscheinlich rund zehn Tonnen Lebensmittel, die dadurch nicht im Müll gelandet sind. Foodsharing ist kostenlos und wird über Förderbeiträge und Spenden finanziert und von ehrenamtlichen Helfern verwirklicht. Inzwischen haben sich auch in Österreich und der Schweiz Schwesterplattformen gegründet. [wv]

- ▶ www.foodsharing.de

Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Aktuelle Erkenntnisse

Die Nachhaltigkeitsforschung berücksichtigt aktuelle Erkenntnisse der Psychologie bisher viel zu wenig. Gerade Untersuchungen zur Nachhaltigkeit von Lebensstilen können von diesen profitieren. Denn psychische Ressourcen wie Genussfähigkeit, Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit, Sinnkonstruktion und Solidarität sind hier von zentraler Bedeutung – vor allem in der Praxis von Gesundheitsförderung, Schulen und Hochschulen oder in Unternehmen und Non-Profit-Organisationen.

M. Hunecke
Psychologie der Nachhaltigkeit
Psychische Ressourcen für
Postwachstumsgesellschaften

124 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-452-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Wir sollten unsere Zeit- und Arbeitsorganisation ändern, um so zu leben und zu wirtschaften, dass sich unsere Ressourcennutzung verringert – am besten bei gleichbleibend hohem Wohlbefinden aber weniger sozialer Ungleichheit. Eine schöne, aber völlig unrealistische Utopie?

Keineswegs, wie dieser leicht verständliche und doch fachlich fundierte Einstieg in die anregende Debatte um nachhaltiges Wirtschaften und innovative Zeitkonzepte zeigt.

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.)
Zeitwohlstand

Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben
112 Seiten, Softcover, 16,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-476-0

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarpolitik

Agrarreform ist verabschiedet

■ Die Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik ist endgültig beschlossen. Am 16. Dezember verabschiedeten die EU-Agrarminister in Brüssel das Gesetzespaket. Im November hatte bereits das Europaparlament zugestimmt. Die Reform soll die Landwirtschaft in Europa umweltfreundlicher machen. Ein Teil der neuen Regeln tritt nicht wie vorgesehen schon nächstes Jahr in Kraft, sondern erst 2015. Die EU war bei der heftig debattierten Neuausrichtung in Verzug geraten. Die Reform legt fest, wie die vorgesehenen mehr als 400 Euro Milliarden bis zum Jahr 2020 in den Mitgliedstaaten verteilt werden – die Summe entspricht 38 Prozent des Gesamthaushalts der EU. Die Grünen im EU-Parlament und Umweltverbände halten das beschlossene Gesetzespaket für nicht nachhaltig genug. [mbu]

- Beschluss des Rates: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/140098.pdf

Internationales UN-Jahr 2014

Familienfarmen

■ Das von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufene internationale Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe würdigt die mehr als 400 Millionen Höfe, die Lebensmittel für Milliarden von Menschen produzieren. Rund 80 Prozent der Landwirtschaft in der Welt sind in der Hand von Familienbetrieben. Die UN wollen weltweite Aufmerksamkeit für diese Betriebe erreichen. Auf der europäischen Konferenz zur Zukunft der landwirtschaftlichen Familienbetriebe betonte EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș die Wichtigkeit der Bauernfamilien für die Zukunft der Landwirtschaft. [mbu]

- UN-Website: www.fao.org/family-farming-2014

Agrarsubventionen

EU-Länder müssen Millionen zurückzahlen

■ Die Europäische Kommission hat Mitte Dezember 2013 im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens EU-Agrargelder in Höhe von insgesamt 335 Millionen Euro zurückgefordert, die von den Mitgliedstaaten nicht ordnungsgemäß verwendet wurden. Ein Teil dieser Beträge wurde bereits wieder von den Mitgliedstaaten eingezogen, sodass noch rund 304 Millionen Euro offen sind. Das Geld wird zurückgefordert, weil entweder die EU-Vorschriften nicht eingehalten wurden oder die Kontrollverfahren für die Agrarausgaben Mängel aufwiesen. Am meisten muss Frankreich zurückzahlen: mehr als 141 Millionen Euro wegen Mängeln bei der Cross Compliance, also der Nichteinhaltung von Umweltstandards nach Erhalt der Subvention. [mbu]

- EU-Kommission zur Rückzahlung von Agrarbeiträgen: [www.europa.eu/rapid\(Search:IP/13/1242\)](http://www.europa.eu/rapid(Search:IP/13/1242))

EU-Agrarpolitik national

Bundesagrarministerium informiert

■ Im Januar hat das Bundeslandwirtschaftsministerium ein Falblatt veröffentlicht, in dem die Kernpunkte der EU-Agrarreform dargestellt sind. In den kommenden Monaten steht in Bund und Ländern die Umsetzung der Reformbeschlüsse für die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union an. Ende vergangenen Jahres hatten sich die Agrarminister der Bundesländer geeinigt, dass künftig vor allem kleinere und mittlere bäuerliche Betriebe Geld aus dem EU-Agrarbudget erhalten sollen. Umwelt- und Naturschutzverbände plädieren bei der nationalen Umsetzung für eine stärkere ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft. [mbu]

- Flyer des BMEL zu EU-Agrarreform: www.kurzlink.de/GAP-national-bmel

Der kritische Agrarbericht 2013

Schwerpunkt Agrarreform

■ Der kritische Agrarbericht 2013 ist Mitte Januar 2013 als Buch erschienen. Im Mittelpunkt der 304 Seiten steht die Reform der europäischen und damit auch der nationalen Agrarpolitik. Weitere Themen sind unter anderem Welternährung, Ökolandbau, Tierhaltung und Gentechnik. Die Printausgabe kann beim ABL-Verlag bestellt werden. [mbu]

- ▶ Bestellung: ABL-Verlag, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 492288, E-Mail: verlag@bauernstimme.de, www.bauernstimme.de
- ▶ www.kritischer-agrarbericht.de

Artgerechte Tierhaltung

Hormonbehandlung von Schweinen schadet der Natur

■ In deutschen Schweineställen bekommen Säue systematisch Hormone, damit sie alle im gleichen Zeitraum Ferkel werfen. Das ergab eine Studie im Auftrag des BUND. Durch den Medikamenteneinsatz können große Agrarbetriebe ihren Ertrag steigern.

Der BUND kritisiert die Gabe von Hormonen aus nicht medizinischen Gründen und fordert vom Bundeslandwirtschaftsministerium, den Einsatz von Hormonen zur Zyklussteuerung zu verbieten. Zudem sollte es mehr Kontrollen auf Rückstände im Fleisch der behandelten Tiere geben. Die Agrarexpertin des BUND Reinhild Benning sagte, dass bereits jetzt schon mehr Schweinefleisch erzeugt würde, als nachgefragt wird. Daher sei es nicht nötig, dass die Tiere zu Höchstleistungen gezwungen werden.

Das Umweltbundesamt (UBA) moniert, dass ein Teil der Hormone über die Ausscheidung der Schweine in die Natur gelangt. Dies schadet laut UBA nachweislich Fröschen und Fischen. Stoffe, die eine hormonelle Wirkung hätten, gehörten explizit zu den Gründen für den dramatischen weltweiten Rückgang der Zahl

der Amphibien. Das UBA will jetzt Umweltverträglichkeitsprüfungen für solche Hormone durchführen. Hersteller sollen in Zukunft nachweisen, dass die Mittel sich auch in sehr geringen Mengen nicht negativ auswirken. [mbu]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/hormone-sauen2014
- ▶ www.uba.de

Agrarwende

30.000 demonstrieren gegen Agrarindustrie

■ „Wir haben Agrarindustrie satt“: Unter diesem Motto sind am 18. Januar in Berlin nach Angaben der Veranstalter rund 30.000 Menschen auf die Straße gegangen. Anlässlich der Grünen Woche forderten sie von der Bundesregierung einen Kurswechsel in der Agrarpolitik und einen besseren Tier- und Naturschutz in der Landwirtschaft. Den Auftakt des Protestzugs bildeten rund 70 Traktoren. Einige Landwirte seien mit ihren Treckern aus ganz Deutschland bis zu 50 Stunden lang angereist, hieß es. Statt weiterhin „Klientelpolitik für die Agrarindustrie“ zu betreiben, solle sich die Bundesregierung für eine „tiergerechte und ökologische Agrarwende“ einsetzen.

„Wer Megaställe genehmigt und subventioniert, lässt die Bauern im Stich und handelt gegen die Interessen von Verbrauchern, Tieren und Umwelt“, sagte Jochen Fritz vom Bündnis „Wir haben es satt“. Er kritisierte die mögliche Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa und forderte eine Landwirtschaftspolitik, „die das Arten- und Höfesterben stoppt und den Hunger in der Welt bekämpft“.

Die Veranstalter kritisierten auch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). „Die große Mehrheit der Menschen will keine Chlorhühnchen, kein Hormonfleisch und keine Gentechnik durch die Hintertür“, sagte Fritz. Genau das drohe aber, wenn das geplante Freihandelsabkommen abgeschlossen wird. Zum vierten Mal hatte das „Wir

haben es satt!“-Bündnis aus 100 Umwelt-, Verbraucherschutz- und Entwicklungsorganisationen zu der Demonstration aufgerufen. Zum Bündnis gehören unter anderem der Deutsche Naturschutzring (DNR), der BUND, der NABU, zahlreiche Tierschutzverbände, die Hilfsorganisationen Brot für die Welt und Misereor, die Bürgerrechtsbewegung Attac sowie Erzeugergemeinschaften wie Bioland oder Naturland. [mbu]

- ▶ www.wir-haben-es-satt.de

Gentechnikzeichnung

Genpollen in Honig

■ Das EU-Parlament hat sich Mitte Januar dafür ausgesprochen, dass Honig erst dann als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden muss, wenn er zu mehr als 0,9 Prozent aus Genpollen besteht. Damit haben sich die Abgeordneten mehrheitlich gegen eine Beschlussvorlage des Umweltausschusses gewandt, der eine Kennzeichnung auch unterhalb dieser Grenze gefordert hatte. Der Parlamentsbeschluss geht dennoch über den Kommissionsvorschlag zur Revision der Honigrichtlinie hinaus. Die Kommission hatte vorgesehen, Pollen als „natürlichen Bestandteil“ von Honig zu definieren. Damit hätten auch größere Mengen von Genpollen im Honig nicht gekennzeichnet werden müssen. [am]

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/euparl-genhonig2014
- ▶ News EU-Koordination: www.kurzlink.de/eu-news-genhonig2013

Genpflanzenzulassung

Genmais 1507 abgelehnt

■ Das EU-Parlament hat sich im Januar dagegen ausgesprochen, eine weitere gentechnisch veränderte Maissorte zum Anbau zuzulassen. Mit deutlicher Mehrheit stimmten die Abgeordneten für einen entsprechenden Antrag der Grünen. ▶

Im Wein liegt die Wahrheit

Was macht qualitativ hochwertigen Wein aus? Ist es nur der Geschmack? Welche Rolle spielen Anbau und Verarbeitung? Und wie wichtig ist der individuelle Stil des Winzers?

Das Buch präsentiert 44 deutsche Winzerpersönlichkeiten und ihre Philosophie vom »langsamen« Wein. Bei allen Unterschieden im Detail zeichnen sich gemeinsame Kriterien ab: naturverbundener Anbau, handwerkliche Produktion und ein Höchstmaß an regionaler Identität. Ein Führer durch die Welt von »Slow Wine«, eine spannende Reise zu Deutschlands herausragenden Weinbauern.

U. Steger, K. Wagner

Lob der Pause

Slow Wine und seine Erzeuger im Porträt

256 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-427-2



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Die Europäische Kommission will, dass die EU-Agrarminister bis 12. Februar 2014 über die Zulassung von 1507 entscheiden. Dann endet die gesetzliche Frist. Kann sich der Agrarministerrat bis dahin nicht einig, entscheidet die Kommission. Diese hat bereits mitgeteilt, dass sie sich verpflichtet sieht, den Gentechnik-Mais zu genehmigen. Der Mais 1507 der US-Firma Pioneer ist gegen ein Herbizid resistent und sondert ein Gift ab, um Insekten zu töten.

Wie die Abstimmung im Agrarrat ausgeht, ist unklar. Für Deutschland beantragte die Grünen-Fraktion, dass der Bundestag von der Regierung einen Stopp des gentechnisch veränderten Mais 1507 fordern soll. Auf EU-Ebene soll die Regierung gegen die Anbauzulassung des Genmais stimmen.

Die Haltung der Bundesregierung zur möglichen Anbauzulassung für den Gentechnik-Mais 1507 ist weiter unklar. Es gebe noch keine »abschließende Auffassung«, sagte Agrarminister Hans-Peter Friedrich (CSU) auf der Grünen Woche in Berlin. Eine Debatte im Bundestag über das Thema wurde auf Ende Januar verschoben. Die CSU hatte sich im Wahlkampf gegen den Anbau von Genpflanzen ausgesprochen. Die Ablehnung ist jedoch nicht im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Hier setzte sich die CDU durch, die für Offenheit gegenüber der Gentechnik plädiert. [mbu]

- Die Grünen im EU-Parlament über Mais 1507: www.greens-efa.eu/de/gmo-authorisations-11317.html
- Antrag Grünen-Bundestagsfraktion zu 1507: www.dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/001/1800180.pdf

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Europäische Naturschutzförderung

3,1 Milliarden für LIFE

■ Für die Förderperiode von 2014 bis 2020 ist das LIFE-Programm der EU mit 3,1 Milliarden Euro ausgestattet worden.

Ende November segnete das Europäische Parlament das neue Budget für das Umweltschutzförderprogramm ab.

Das LIFE-Programm bezuschusst Umwelt- und Klimaschutzprojekte innerhalb der EU. In der letzten Förderperiode von 2007 bis 2013 betrug dessen Budget 2,2 Milliarden Euro. Im Plenum haben die Abgeordneten auch für sogenannte integrierte Projekte gestimmt. Durch diese können unterschiedliche EU-Fördermittel für Querschnittsprojekte akkumuliert und Umwelt- und Klimaschutzaspekte verstärkt in Projekte mit anderen Schwerpunkten eingebaut werden.

Neu ist auch der Vergabemodus für Bezuschussungen. Projekte werden nur noch aufgrund ihrer Qualität ausgewählt. Die nationale Herkunft der Projekte ist nun nicht mehr ausschlaggebend. Seit 2014 werden zudem erstmals auch Projekte im Bereich Klimaschutz unterstützt. [ej]

- EU-Parlament zu LIFE 2014: www.kurzlink.de/life2014

Bodenschutz

Bundesrat will EU-weite Richtlinie

■ Der Bundesrat hat sich kurz vor Weihnachten für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die EU-Bodenrahmenrichtlinie ausgesprochen.

Die EU-Kommission hatte im Herbst in ihrer REFIT-Mitteilung angekündigt zu prüfen, ob sie den Vorschlag zurückzieht, der seit Jahren unter anderem von Deutschland im Ministerrat blockiert wird. Da der Widerstand gegen EU-weiten Bodenschutz bisher stark von den Bundesländern ausging, hoffen Umweltschützer nun auf eine Neuausrichtung der deutschen Position.

In der Stellungnahme des Bundesrats heißt es, der Boden habe den gleichen Stellenwert wie die Schutzgüter Wasser und Luft und müsse daher analog zu den Rahmenrichtlinien in diesen Bereichen über eine einheitliche europäische Vorgehens-

weise geschützt werden. Die Länderkammer hob zudem die wichtigen Funktionen gesunder Böden für Nahrungsmittelsicherheit, Hochwasserschutz und Anpassung an den Klimawandel hervor. Auch wenn regionale Unterschiede berücksichtigt und die Subsidiarität geachtet werden müssten, solle auf eine EU-Rahmenregelung nicht verzichtet werden. [am]

- Beschluss des Bundesrats:
www.kurzlink.de/brbrsr

Biologische Vielfalt

Verbände gegen Ausgleichsmaßnahmen

■ Die Europäische Waldschutzorganisation FERN hat im Januar eine Kampagne gegen sogenannte Biodiversitäts-Offsets, also Kompensationsmaßnahmen für biologische Vielfalt, gestartet. Unter anderem hat der Umweltverband eine Broschüre mit Informationen und politischen Ratschlägen veröffentlicht. Biodiversitäts-Offsets erlauben Unternehmen, Natur für einzelne Projekte zu zerstören, wenn sie stattdessen an anderer Stelle Schutzmaßnahmen durchführen. Die EU plant derzeit mit der „No-Net-Loss-Initiative“ Ausgleichsmaßnahmen einzuführen und so bestehende Umweltschutzrichtlinien aufzuweichen. Die FERN-Kampagne richtet sich gegen den Fokus auf Biodiversitäts-Offsets in der No-Net-Loss-Initiative der EU und in deren Umsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten, die laut FERN verstärkt Biodiversitäts-Offsets ermöglichen wollen. Hannah Mowat von FERN sagte: „Offsets behandeln Biodiversität wie eine Ansammlung austauschbarer Produkte, die man im Supermarkt kauft. Dies führt zu fehlgeleiteten Maßnahmen, die nicht den Wert von Natur für Regionen anerkennen, die als eigener Wert geschützt werden muss. Wenn man einen Wald zerstört, um einen Golfplatz zu bauen, resultiert das nicht nur im Verlust von Biodiversität, auch das Leben der Menschen, die in der Region leben, ändert sich.“

Auf dem Weltforum zu Naturkapital haben sich Ende November in Edinburgh 140 Umweltorganisationen aus der ganzen Welt gegen Biodiversitäts-Offsets ausgesprochen. Sie wiesen darauf hin, dass die Ausgleichsmaßnahmen das Umweltrecht untergraben würden, da umweltschädliche Aktivitäten somit unter bestimmten Bedingungen erlaubt würden. [ej]

- FERN-Mitteilung und Broschüre:
www.fern.org/node/5719
- NGO-Mitteilung Edinburgh:
www.kurzlink.de/ngoallboff

Wälder

Waldklimafonds stark nachgefragt

■ Der Waldklimafonds ist erfolgreich gestartet. Das geht aus der ersten Bewertung durch das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) und das Bundesumweltministerium (BMUB) vergangenen Dezember hervor.

Der Waldklimafonds ist ein gemeinsames Förderprogramm der beiden Ministerien. Der im Sommer 2013 eingerichteten Fonds stellt Mittel für Projekte zur Verfügung, die zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel und zum Erhalt und Ausbau des CO₂-Verringerungspotenzials von Wald und Holz beitragen. Thematisch reicht die Bandbreite der geförderten Projekte vom Schutz von Wäldern vor Schadenereignissen, über die Erprobung des Managements und der Risikoabschätzung klimawandelgefährdeter Wälder und deren Biodiversität sowie Maßnahmen zur Renaturierung von Waldmooren und Feuchtwäldern, bis zur Entwicklung praxisorientierter Konzepte für effizienteren Rohstoffeinsatz.

Laut BMUB und BMEL sind bisher für 19 Vorhaben 52 Einzelanträge auf Fördermittel in einem Umfang von rund 24 Millionen Euro eingegangen. Die Nachfrage von der Forst- und Holzwirtschaft, Naturschutzinitiativen und Wissenschaft und Forschung sei enorm und hätte die Erwar-

tungen deutlich übertroffen. Das bestätigt aus Sicht der Ministerien den gesellschaftlichen Mehrwert des Waldklimafonds als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Sicherung der vielfältigen Ökosystemleistungen des Waldes. [ej]

- www.waldklimafonds.de
- Mitteilung des BMELV und BMU:
www.kurzlink.de/wkfbmubel

Artenschutz

FFH- und Vogelschutzbericht der Bundesregierung

■ Die Bestände einiger Arten in Deutschland erholen sich, andere folgen weiter Negativtrends. Das geht aus den Berichten zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) und zur europäischen Vogelschutzrichtlinie der Bundesregierung hervor. Beide Berichte hat der Bund im Dezember der EU-Kommission übermittelt.

Laut dem Bericht zur Umsetzung der FFH-Richtlinie konnten Erfolge im Naturschutz unter anderem bei Wildkatzen und Wölfen festgestellt werden. Für Biber gilt landesweit gar der beste Erhaltungszustand. Allerdings litten vor allem Amphibien, wie Laubfrosch und Rotbauchunke, deren Bestand rückläufig ist, am Rückgang von Feuchtgebieten.

Auch bei Lebensräumen gebe es unterschiedliche Trends. Während sich Buchenwälder gut hielten und in einigen Bereichen sogar wüchsen, verschlechterte sich insbesondere der Zustand von Grünland. Dieses wird immer intensiver genutzt und verstärkt in Ackerland umgewandelt. Für den FFH-Bericht hat die Bundesregierung im Zeitraum von 2007 bis 2012 den Zustand von etwa 200 Tier- und Pflanzenarten und rund 90 Lebensräumen ermittelt.

Dem Bericht zur Vogelschutzrichtlinie zufolge gibt es Erfolge unter anderem bei der Entwicklung von Seeadler, Schwarzstorch und Kranich. Die Entwicklung von Arten wie dem Kampfläufer, der

Uferschnepfe oder dem Kiebitz hingegen sei jedoch weiter negativ, heißt es in dem Bericht.

In Deutschland gibt es 740 Vogelschutzgebiete, die eine Fläche von sechs Millionen Hektar umfassen. Der Bericht listet auch Gefährdungen für Arten auf, für die Vogelschutzgebiete eingerichtet worden sind. So seien Brutvögel unter anderem von der Intensivierung der Landwirtschaft, der Entwässerung von Feuchtgebieten und dem Einfluss von Sport- und Freizeitaktivitäten bedroht. Seevögel hingegen seien vor allem durch Fischerei, Wasserverschmutzung und Schifffahrt gefährdet. Im Bericht zur Vogelschutzrichtlinie wurde die Entwicklung von etwa 360 Vogelarten untersucht. Grundlage beider Berichte sind Daten der Länder, des Bundes sowie ehrenamtlich erhobene Daten.

Im Rahmen der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union sind Mitgliedstaaten verpflichtet, regelmäßig Berichte über das nationale Naturerbe abzugeben. Auf Basis aller nationalen Berichte wird die EU-Kommission nun einen Bericht über den Zustand des europäischen Naturerbes anfertigen. [ej]

- ▶ Mitteilungen des BMU:
www.kurzlink.de/ffhrepdez
- ▶ www.kurzlink.de/vogelrepdez

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierfelle

Bommel aus Katzenhaar

■ Anfang Januar hat die Tierschutzorganisation Animals' Liberty aufgedeckt, dass die Modekette Tom Tailor und der Drogeriemarkt Müller Mützen mit Bommeln aus Katzenfell verkauft hatten. Das echte Fell haben die Läden dabei als Kunstfell ausgewiesen. Nach Bekanntwerden entschuldigten sich beide Unternehmen öffentlich und erklärten, nichts von dem Echtpelz gewusst zu haben. Auch wollen sie eigene Untersuchungen einleiten und ihre Händler überprüfen.

Eigentlich ist der Import von Haustierfellen in die EU seit 2009 verboten, dennoch gelangen noch immer unbemerkt Felle auf den europäischen Markt. Zum einen trägt die fehlende Etikettierungspflicht dazu bei, zum anderen die Tatsache, dass Echtfell aus China auf dem Weltmarkt billiger gehandelt wird als Kunstfell. Der Deutsche Tierschutzbund setzt sich mit seiner Antipelz-Kampagne seit Langem gegen den Handel mit Pelzen ein. [rm]

- ▶ www.animalsliberty.de
- ▶ www.tierschutzbund.de/anti-pelz-kampagne

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Ratspräsidentschaft

Griechenland räumt auf

■ Die griechische Ratspräsidentschaft, die Anfang des Jahres begann, hat sich zum Ziel gesetzt, bis April möglichst viele laufende Gesetzgebungsverfahren abzuschließen. Denn vom 22.–25. Mai wählen die EU-Bürgerinnen ein neues Europäisches Parlament. Die Griechen wollen ihren Schwerpunkt auf die Meerespolitik legen.

Auf der Umweltagenda stehen in diesem Halbjahr eine Einigung zwischen dem EU-Parlament und den Mitgliedstaaten zu den Regelungen der Müllexporte, bei der Reduzierung von Plastiktüten sowie bei der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel. Auch will die griechische Ratspräsidentschaft das im Dezember veröffentlichte Luftqualitätspaket weiter vorantreiben und Fortschritte bei der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyotoabkommens erzielen.

Die Umweltminister werden sich am 3. März in Brüssel und am 14. Juni in Luxemburg treffen. Am 14. und 15. Mai findet der informelle Umweltrat zum Thema „Blaues Wachstum“ in Athen statt. Beim Umweltrat im Juni sollen das Thema Post-2015-Agenda zur Nachhaltigen Entwicklung debattiert

Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Alternative

Weltweit definieren sich die Menschen zunehmend über den Konsum. So hat sich eine weit verbreitete konsumistische Kultur entwickelt, die eng mit unserem Wirtschaftssystem verwoben ist. Dies ist aber keineswegs schicksalhaft. Alternativen zum Konsumismus sind möglich – außerhalb und auch innerhalb etablierter Strukturen und Lebenswelten.

F. Hochstrasser
Konsumismus
Kritik und Perspektiven

364 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-326-8

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



und Schlussfolgerungen zu Biodiversität (COP 12) in Korea verabschiedet werden.

Die Energieminister treffen sich am 4. März, um über die zukünftige Energie- und Klimapolitik bis 2030 zu sprechen. Im Januar (*nach Redaktionsschluss*) brachte die EU-Kommission ein Weißbuch mit sechs Szenarien heraus. Am 20. und 21. März werden sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihrem Frühjahrsgipfel dazu äußern. Außerdem stehen die Vollen- dung des Energiebinnenmarktes, das interna- tionale Klimaabkommen im Jahr 2015, indirekte Landnutzungsänderungen durch Biokraftstoffe (ILUC) sowie die Revision der Richtlinie zur nuklearen Sicherheit auf der Themenliste.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Anfang Januar seine traditionellen zehn grünen Prüfsteine für die neue EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. An- hand dieser „10 Green Tests“ will es die umweltpolitische Arbeit der griechischen Präsidentschaft Ende Juni beurteilen. Das EEB sieht die größte Herausforderung der griechischen Ratspräsidentschaft, im Umweltbereich bei der Deregulierung gegenzusteuern. Insbesondere durch die REFIT-Mitteilung der Kommission (um- welt aktuell 11/2013, S. 23), das Investi- tions- und Freihandelsabkommen EU- USA (TTIP) und den Investorenschutz im EU-Kanada-Abkommen (CETA) seien Umweltstandards gefährdet. Die Rats- präsidentschaft solle gegen die Deregulie- rungsbestrebungen, insbesondere gegen die Investor-Staatsklagen angehen. [bv]

- ▶ Seite der griechischen EU-Ratspräsidentschaft: www.gr2014.eu
- ▶ Agenda der griechischen Ratspräsidentschaft: www.kurzlink.de/agenda-greece-presid
- ▶ 10 Green Tests: www.kurzlink.de/eeb-10tests-griechen (engl.)

EU-Regionalfonds

Partnerschaftsprinzip gestärkt

■ Die EU-Kommission hat im Januar Standards für das Partnerschaftsprinzip der Regionalfonds in der neuen Finanzze-

riode bis 2020 verabschiedet. Dadurch sol- len Regionalpartner wie lokale Behörden, Gewerkschaften oder Nichtregierungs- organisationen bei der Planung, Durch- führung, Überwachung und Bewertung der aus den Europäischen Struktur- und Investmentfonds (ESIF) finanzierten Pro- jekte besser einbezogen werden.

Zu den Regionalfonds zählen der Europäische Fonds für regionale Ent- wicklung (EFRE), der Europäische Sozials- fonds (ESF), der Kohäsionsfonds, der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Die Reform der Struktur- und Kohäsionspolitik ist zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten, nach- dem das EU-Parlament dem Reformpaket Ende November und der Rat der EU im Dezember zugestimmt hatte. Als Neuerung gibt es in der neuen Finanzperiode einen gemeinsamen strategischen Rahmen, der übergeordnete Ziele und Regeln für alle fünf Fonds festlegt.

Der europäische Verhaltenskodex zum Partnerschaftsprinzip der Struktur- und Investmentfonds verpflichtet die Mitglied- staaten, die Zusammenarbeit mit Projekt- partnern zu stärken. Der WWF Deutsch- land hat 2013 eine Broschüre zur Rolle von Umweltverbänden als Partner in der Europäischen Regionalpolitik 2014–2020 herausgegeben. Diese soll einen konstruk- tiven Beitrag für die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene zur Umsetzung der angestrebten guten Partnerschaft leis- ten. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (search: IP/14/5)
- ▶ Broschüre: www.kurzlink.de/wwf-partner-regio#

Europawahl 2014

Wer, wo, was, wann, warum?

■ Im Mai wählen Europas BürgerInnen ein neues EU-Parlament. Deshalb hat die EU-Koordination des deutschen Natur- schutzrings einen Steckbrief rund um die Europawahl erstellt. In dem Steckbrief werden die Abläufe, der rechtliche Hinter-

grund und die zur Wahl stehenden Par- teien vorgestellt. Erstmals steht auch der Präsident der Europäischen Kommission zur Abstimmung. In Deutschland ist dies die erste Wahl ohne Fünfprozenthürde. [q]

- ▶ DNR-Steckbrief Europawahl 2014
- ▶ www.kurzlink.de/epwahl-2014-dnr-sb

Umweltverträglichkeitsprüfung

Neue Richtlinie auf dem Weg

■ Die Verhandlungsführer von Rat und EU-Parlament haben sich im Dezember auf eine Revision der Richtlinie zur Um- weltverträglichkeitsprüfung (UVP) ge- einigt. Fracking wird demnach nicht per se der UVP-Pflicht unterliegen. In diesem Punkt konnte sich der Rat bei den Trilog- verhandlungen im Dezember durchset- zen. Die UVP-Pflicht von Fracking wird sich wie bislang an den Gasfördermengen orientieren.

Dafür konnten die Europaparlamen- tarierInnen Punkte zu Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie neue Umweltfaktoren bei den Verhandlungen durchsetzen. Die Experten, die mit der Durchführung von Umweltverträglich- keitsstudien beauftragt werden, müssen künftig „fachlich geeignet, objektiv und unabhängig“ sein. Zudem muss die be- troffene Öffentlichkeit besser informiert werden und weitere Projekte unterliegen der UVP-Pflicht. Ein zentrales Portal soll die Öffentlichkeitsbeteiligung erleichtern. Zukünftig werden auch Ressourceneffizienz, Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenvorsorge bei der Umweltver- träglichkeitsprüfung berücksichtigt. Auch sollen die Behörden nunmehr die kumula- tiven Auswirkungen von Projekten berücksichtigen. Dadurch können große Projekte nicht mehr durch Salamiaktik in kleine Projekte aufgeteilt werden, die nicht der UVP-Pflicht unterliegen.

Durch die UVP-Richtlinie werden seit 28 Jahren Umweltaspekte bei der Pla- nung von Projekten berücksichtigt und betroffene Bürger beteiligt. 2012 hat die EU-Kommission Änderungsvorschläge

Nachhaltigkeit

A-Z



N wie Neubewertung

In den 1980er Jahren formierte sich eine Protestbewegung, die den Schutz der Wälder und bessere Luftreinhaltung einforderte. Roderich von Detten beschreibt den Verlauf der Debatte um das Waldsterben, ihre Wirkung auf Umweltpolitik, Wissenschaft, Medien und Alltagswelt, und wagt damit eine längst fällige Neubewertung eines der größten Erfolge der deutschen Umweltbewegung.

Roderich von Detten (Hrsg.)
Das Waldsterben
 Rückblick auf einen Ausnahmezustand

160 Seiten, broschiert, komplett in Farbe,
 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-448-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

zu Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgelegt, um den Verwaltungsaufwand und die Prüfung der potenziellen Auswirkungen größerer Projekte zu erleichtern und Umweltschutz- und Klimaaspekte stärker zu berücksichtigen.

Die Zustimmung durch den Ministerpräsidenten und das Europäische Parlament soll im ersten Quartal 2014 erfolgen. [bv]

- ▶ EU-Parlament zu UVP-RL:
www.kurzlink.de/2013-12-uvp-pm-ep
- ▶ Litauische Ratspräsidentschaft:
www.kurzlink.de/eu2013lt-pm

Transparenzregister

Ein NGO-Lobbyist steht 20 aus der Industrie gegenüber

Die Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des EU-Transparenzregisters hat im Dezember Vorschläge zur Weiterentwicklung der derzeitigen Datenbasis vorgeschlagen. Ab 2017 sollen nach dem Willen der EuropaparlamentarierInnen die Registrierung für Lobbyorganisationen verpflichtend und die Aktivitäten der Lobbyisten transparenter werden. Nur registrierte Organisationen erhielten demnach Zugang zur EU-Kommission und dem Europäischen Parlament. Und auch nur registrierte Lobbyisten dürften dann künftig einen Input an die EU-Kommission und das EU-Parlament geben.

Nach Angaben der EU-Kommission sind derzeit 60–75 Prozent aller Interessenvertreter mit Sitz in Brüssel im Transparenzregister erfasst. Die Hälfte davon registrierten sich als In-House-Lobbyisten oder Gewerbe- und Berufsverbände, gut ein Viertel als Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und knapp ein Achtel als professionelle Beratungsfirmen und Anwaltskanzleien.

Schätzungen zufolge kommen auf einen Lobbyisten aus den Nichtregierungsorganisationen 16 bis 20 Lobbyisten aus der Industrie. Dies würde bedeuten, dass alle Brüsseler NGOs registriert sind, aber bei Weitem noch nicht alle Lobbyisten der

Wirtschaft. Leider unterschlagen Interessenvertreter oftmals Angaben im Lobbyregister. Bei 1.000 Qualitätsprüfungen der Angaben im Transparenzregister waren im letzten Jahr in 783 Fällen Nachbesserungen nötig. [bv]

- ▶ EurActiv: www.kurzlink.de/euractiv-lobbyregist
- ▶ www.ec.europa.eu/transparencyregister
- ▶ www.kurzlink.de/transparencyregister

Öffentliche Auftragsvergabe

Hin zu mehr Nachhaltigkeit

Das Europäische Parlament hat im Januar neue EU-Regeln für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionsverträge angenommen. Damit sollen die Qualität und das Preis-Leistungs-Verhältnis von Bauarbeiten, Waren und Dienstleistungen im öffentlichen Auftrag verbessert werden.

Die neuen Zuschlagskriterien sollen ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis gewährleisten und ökologische und soziale Aspekte sowie Innovationen stärker berücksichtigen. Zudem wird das Bietverfahren für Unternehmen durch die Verwendung eines einheitlichen europäischen Auftragsdokuments einfacher.

Durch das neue Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots im Vergabeverfahren können Behörden nun den Schwerpunkt stärker auf Qualität, Umwelt- oder Sozialaspekte sowie Innovation legen und die Lebenszykluskosten berücksichtigen. Damit soll Qualität wieder im Mittelpunkt stehen und nicht der niedrigste Preis.

Das öffentliche Auftragswesen beträgt etwa 18 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts. Nach der Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt der EU haben die Mitgliedstaaten 24 Monate Zeit, die Bestimmungen in nationales Recht umzusetzen. [bv]

- ▶ Europaparlament zu öffentlicher Beschaffung:
www.kurzlink.de/pm-ep-2014-01-15
- ▶ MEMO EU-Kommission: www.europa.eu/rapid
 (Search: MEMO/14/20 und MEMO/14/19)

Neue Strukturen, neue Köpfe – alte Politik?

Lange hat die Regierungsbildung gedauert, seit Mitte Dezember aber steht die Neuaufgabe einer Großen Koalition unter Angela Merkel. Politische Großtaten sind von der neuen Regierung aber nicht zu erwarten. Umso mehr sind jetzt die Umweltverbände gefordert, damit die Koalition kein Reifall für Energiewende, Klimapolitik oder Tierschutz wird, meint Undine Kurth (DNR).

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Es sind nicht große parlamentarische Mehrheiten, die immer und automatisch zu großen und kühnen Politikentwürfen führen. Die große Koalition von 2005 bis 2009 war zum Beispiel das Gegenteil von zukunftsweisend. Diese politische Konstellation bedeutete eher politischen Stillstand oder gar Rückschritt. Für skeptisches Hinsehen heute gibt es also gute Gründe.

Nun wissen wir alle: Koalitionsverträge sind Ergebnis von Kompromissfindungen zwischen nicht immer deckungsgleichen Politikansätzen und unterschiedlichen politischen Zielsetzungen – ausformulierte Willensbekundungen also. Diese sind den Wählerinnen und Wählern nicht immer einfach zu vermitteln, weil man ja vor der Wahl markig und voller Überzeugung anderes versprochen hatte. Niemand mit politischer Erfahrung wird von so einem Vertrag eine Eins-zu-eins Umsetzung erwarten. Gleichwohl ist es wichtig, genau hinzusehen: Was steht drin? Welche Ziele sind wie formuliert? Und auch was nicht drinsteht hat Signalcharakter.

Die gerade neu aufgelegte Koalition von CDU, CSU und SPD, die seltsam holprig ihren Dienst angetreten hat, bietet aus dem Blickwinkel des Koalitionsvertrages wenig Hoffnung, dass sie die großen Herausforderungen in der Umwelt-, Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutzpolitik entschieden angehen wird. Der Koalitionsvertrag bleibt allzu oft im Ungefähren, wenn Vorhaben benannt sind, fehlen häufig konkrete Vorstellungen zur Umsetzung, von Finanzierungsinstrumenten ganz zu schweigen. Wichtige Vorhaben – wie die Energiewende – werden sogar ausgebremst. Und wenn es zum Beispiel heißt, „für den Bau von Hochwasserschutzanlagen werden wir die Möglichkeiten für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren ausschöpfen“, dann ahne ich Schlimmes für den ökologischen Hochwasserschutz.

Interessant sind die teilweise neuen Zuschnitte der Bundesministerien und einige personelle Entscheidungen. Die Verlagerung der Zuständigkeiten für

die Energiewende aus dem Bundesumweltministerium heraus in das Wirtschaftsministerium beugt sicherlich Ressortstreitigkeiten vor und ermöglicht eine Politik aus einer Hand. Gleichzeitig birgt sie aber die wohl nicht ganz unberechtigte Befürchtung, dass Konflikte beim Ausbau der Erneuerbaren nicht zugunsten des Naturschutzes entschieden und Umwelt- und Klimaschutzaspekte nun nur noch nachrangig betrachtet werden. Dem Wirtschaftsminister soll so das „Durchregieren“ und damit auf jeden Fall ein Erfolg ermöglicht werden. Vor diesem Hintergrund erfüllt es mich mit Sorge, wenn die neue Umweltministerin im Interview mit der Mitteldeutschen Zeitung sagt, dass man die Kohle nicht verteufeln dürfe.

Eine naturverträgliche Realisierung des Ausbaus der Erneuerbaren bleibt jedoch eine essenzielle Herausforderung und ist entscheidend nicht nur für die Akzeptanz, sondern auch für das Gelingen der Energiewende – schließlich sind Klimawandel und Biodiversitätsverlust die herausragenden Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Hier entsprechenden Druck zu machen, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Umweltverbände in den kommenden Jahren bleiben.

Die Verlagerung des Verbraucherschutzes vom Landwirtschaftsministerium in das Justizministerium ist eine begrüßenswerte Entscheidung, wurde dieses Thema doch in den letzten Jahren bei Frau Aigner sehr stiefmütterlich behandelt. Bedauernd ist allerdings, dass die Zuständigkeit für das Zukunftsthema Tierschutz weiterhin in CSU-Hand liegt: Von einem Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich gerade mit Blick auf die Missstände in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und die Rolle des Bauernverbandes wenig Bahnbrechendes zu erwarten, klingt fast noch zu optimistisch. Dabei müssten endlich wichtige Reformschritte bei der Überwindung der tierquälerischen Massentierhaltung in Angriff genommen werden. Der DNR und die Tierschutzbewegung werden ihren Druck auf die Bundesregierung deutlich erhöhen müssen, damit wenigstens kleine Verbesserungen erreicht

und die begrüßenswerten Ankündigungen zum Wildtier- und Vogelschutz und bei der Förderung von Alternativen zum Tierversuch auch tatsächlich eingelöst werden.

Ein besonderer Coup der Regierungsbildung sind sicherlich die bemerkenswerten Berufungen einiger beamteter Staatssekretäre. Mit Rainer Baake holt sich Siegmund Gabriel einen ausgewiesenen grünen Fachmann für die Energiewende ins Wirtschaftsministerium. Mit Gerd Billen engagiert der neue Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas einen engagierten grünen Verbraucherschützer. Dieser Mut verdient zunächst Respekt. Mit Jochen Flasbarth, dem bisherigen Präsidenten des Umweltbundesamtes, erhält zudem das Bundesumweltministerium (BMU) einen in nationalen und internationalen Umwelt-, Biodiversitäts- und Naturschutzthemen exzellent ausgewiesenen Fachmann, der bereits als früherer Abteilungsleiter Naturschutz positive Spuren im Umweltministerium hinterlassen hat. Es ist zu hoffen, dass es diesen drei Staatssekretären gelingt, der notorisch etwas schlaffen und uninspirierten SPD-Politik im Bereich Umwelt und Naturschutz Struktur und Dynamik zu verleihen.

Gerade vom BMU mit der neuen – umweltpolitisch bisher wenig aufgefallenen – Ministerin Barbara Hendricks erwarten wir Umweltverbände zudem, dass sie schnell eine umweltpolitische Gegenmacht zu den energiepolitischen Ambitionen des Wirtschafts- und Energieministers bildet. Das Thema ist zu wichtig, um hier einen Dornröschenschlaf zu halten. Die Ministerin kann dabei sicher sein, dass wir Umweltverbände sie bei allen sinnvollen Ansätzen tatkräftig unterstützen werden.

Undine Kurth ist zweite Vizepräsidentin des Deutschen Naturschutzrings.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-70,
E-Mail: undine.kurth@t-online.de,
www.dnr.de

VERKEHR & TOURISMUS

Schienentransport**Eisenbahnpaket geschnürt**

■ Im Dezember hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments beschlossen, die technischen Voraussetzungen für den einheitlichen europäischen Eisenbahnraum zu schaffen. Der Beschluss spezifiziert das vierte Eisenbahnpaket und umfasst Regelungen zur Zulassung von Zügen und zur künftigen Rolle der Europäische Eisenbahnagentur (ERA).

Demzufolge sollen Lokomotiven und Waggons sowie Sicherheitszertifizierungen von Eisenbahnunternehmen in Zukunft nur ein einziges Mal europaweit zugelassen werden. Bisher dauert die Zulassung bis zu zwei Jahre. In Europa sind Züge im Wert von mehr als 1,2 Milliarden Euro außer Betrieb, weil deren Zulassung aussteht, die bisher noch durch jeweilige nationale Behörden geregelt wird. Deshalb soll die ERA zur zentralen Anlaufstelle in der EU ausgebaut werden und die Arbeit der nationalen Sicherheitsbehörden koordinieren.

Das vierte Eisenbahnpaket beinhaltet sechs Gesetze, die mehr Wettbewerb schaffen und das gesamte europäische Schienennetzwerk stärken sollen. Diese sehen auch die Trennung von Netz und Betrieb und eine Ausweitung der Ausschreibungspflicht von Verkehrsträgern vor. Der Beschluss des Verkehrsausschusses ist Grundlage für die nun anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat. [ej]

- ▶ Kommission zum Eisenbahnpaket:
www.kurzlink.de/kom4tebp

Luftverkehr**Emissionshandel unbeliebt**

■ Deutschland, Frankreich und Großbritannien wollen den CO₂-Ausstoß von außereuropäischen Flügen, die den EU-Flugraum passieren, nicht in den europäischen Emissionshandel aufnehmen.

Einen dementsprechenden Vorschlag der EU-Kommission wiesen sie bei einem Treffen der Vertreter der EU-Mitgliedstaaten Anfang Dezember zurück.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien wollen lediglich die bisherige „Stop-the-Clock“-Regelung bis 2016 fortführen. Diese sieht vor, nur innereuropäische Flüge in das Europäische Emissionshandelssystem einzubeziehen. Dies ist als Übergangsregelung angedacht, bis die Mitgliedstaaten der Luftfahrtorganisation der UNO (International Civil Aviation Organization, ICAO) globale Maßnahmen zur Verminderung der Luftfahrtemissionen entwickeln. Laut Kommissionsvorschlag sollten alle Emissionen, die im europäischen Luftraum ausgestoßen werden, aufgenommen werden.

Da auch die ICAO Anfang Oktober den Plänen der Kommission eine Abfuhr erteilt hatte, schwinden die Unterstützer für eine ambitioniertere Emissionskontrolle des Luftverkehrs. Auch viele Nicht-EU-Länder, unter anderem die USA, China, Russland, Indien und Brasilien, stehen der Regulierung negativ gegenüber.

Laut einem Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) vom Dezember wird die Luftverschmutzung durch Luftfahrt der EU zukünftig ernsthafte Probleme bereiten. Die EEA hat die Entwicklung der gesamten europäischen Verkehrsemissionen untersucht. Die Luftfahrt ist demnach im Jahr 2011 um zehn Prozent im Vergleich zu den Vorjahren gewachsen. Internationale Flüge hätten dabei zu einem 2,3-prozentigen Anstieg allein der Luftverschmutzung durch Schwefeloxid (SO_x) beigetragen (siehe Artikel, S. 2). [ej]

- ▶ Kommissionswebsite Luftverkehr:
www.kurzlink.de/eukomemlv
- ▶ EEA-Bericht: www.kurzlink.de/eeareplv2011

Abgase**Lieferwagen etwas sauberer**

■ Bis zum Jahr 2020 dürfen neue leichte Nutzfahrzeuge in der EU höchstens 147 Gramm CO₂ pro Kilometer (CO₂/km) aus-

stoßen. Das hat das Europäische Parlament im Januar entschieden. Zudem sollen die Erfassungsmethoden für den CO₂-Ausstoß verbessert werden.

Betroffen sind Transporter mit einem Leergewicht bis zu 2,61 Tonnen von Unternehmen, die pro Jahr mehr als 1.000 Fahrzeuge herstellen. Die neuen Grenzwerte beziehen sich auf deren Flottendurchschnittsverbrauch. Bisher liegen die Grenzwerte noch bei 203 Gramm CO₂/km. Um die neuen Grenzwerte zu erreichen, können Hersteller bis 2018 über sogenannte Super-Credits besonders emissionsarme Fahrzeuge mehrfach auf den Flottenverbrauch anrechnen. Die Erfassung des CO₂-Ausstoßes soll nunmehr durch die World Light Duty Test Procedure (WLTP) der Vereinten Nationen erfolgen. Lücken in den bisherigen Testverfahren erlauben es Herstellern, den Ausstoß der Fahrzeuge kleinzurechnen.

Rebecca Harms von den Grünen im EU-Parlament kritisiert den Kompromiss. „Wir haben erneut eine Chance verpasst dafür zu sorgen, dass Vans in Zukunft sauberer und effizienter werden. Leider bestätigt diese Gesetzgebung jedoch den wenig ehrgeizigen Grenzwert von 2011, der auf unvollständigen Daten beruhte, anstatt ihn entsprechend der tatsächlichen Lage zu verschärfen.“ Der Text wurde bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart. Laut EU-Parlament soll er so schnell wie möglich umgesetzt werden. [ej]

- ▶ Mitteilung des EU-Parlaments:
www.kurzlink.de/epco2vans
- ▶ Stellungnahme Rebecca Harms:
www.kurzlink.de/rhco2vans

WASSER & MEERE

Klimawandel**Meere versauern**

■ Die Weltmeere sind seit Beginn der Industrialisierung 26 Prozent saurer geworden als zuvor. Zu diesem Ergebnis

„Mehr antiösterreichischer Populismus als ein Finanzierungsmodell“

Noch in diesem Jahr will Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) eine Pkw-Maut für Ausländer auf den Weg bringen. Wie diese aussehen könnte, ist allerdings noch nicht klar. Alle bislang vorgeschlagenen Konzepte seien völlig unsinnig und ökologisch kontraproduktiv, meint der VCD-Verkehrsexperte Gerd Lottsiepen.

umwelt aktuell: Im Bundestagswahlkampf ist die CSU mit der Forderung nach einer Autobahnmaut für Ausländer auf Stimmenfang gegangen. Jetzt steht sie im Koalitionsvertrag. Ist das nur Populismus oder tatsächlich eine sinnvolle Einnahmequelle für die Sanierung des Straßennetzes?

Alle bisher diskutierten Vorschläge der CSU zur Pkw-Maut sind unsinnig. Zum einen schafft die Vignettenmaut neue Ungerechtigkeiten, nicht nur für AusländerInnen sondern auch für WenigfahrerInnen und zum anderen ist sie ökologisch einfach kontraproduktiv. Bei dieser Maut entfällt jegliche ökologische Lenkungswirkung. Es gibt keinen Anreiz die Fahrleistung mit dem Auto zu mindern, eher im Gegenteil. Wer einmal gezahlt hat, wird versuchen so oft wie möglich mit dem Auto unterwegs zu sein, anstatt darüber nachzudenken, ob sich für den einen oder anderen Weg beispielsweise Bahn oder Bus besser eignen. Die Seehofer-Maut ist also mehr antiösterreichischer Populismus als ein Finanzierungsmodell. Die zahlreich eingesetzten ExpertInnen konnten bisher auch keine Lösung finden, die den Bedingungen für die Einführung einer Pkw-Maut für nicht in Deutschland zugelassene Pkw entsprechen wird. Immer kompliziertere Modelle werden erarbeitet – alles nur, um dem populistischen Wahlversprechen der CSU gerecht zu werden. Das muss schnell von der Tagesordnung, damit sich die Verkehrspolitik mit den zentralen Herausforderungen wie der Energiewende im Verkehr beschäftigen kann.

Aber die Maut könnte neue Finanzmittel erschließen.

Auch da sind keine großen Sprünge zu erwarten. Tatsächlich würden die Einnahmen für die Infrastruktur sehr gering ausfallen, denn die Erhebung und das Eintreiben der Mautgebühren sind mit einem enormen Aufwand verbunden. ExpertInnen schätzen, dass allein bei der Einführung der Jahresvignette bis zu 30 Prozent der Einnahmen sofort durch die Erhebungskosten aufgebraucht würden. Käme noch eine Staffelung der Mautsätze hinzu, die zusätzliche Berechnungen für jeden einzelnen in Deutschland

zugelassenen Pkw nötig machen würde, können Sie sich die Ergebnisse vorstellen.

Verkehrsminister Alexander Dobrindt schlägt ein Vignettenmodell vor, das deutsche AutofahrerInnen über die Kfz-Steuer entlastet und Rabatte für verbrauchsarme Pkws vorsieht. Was halten Sie von den Plänen?

Auch das ist nicht zielführend. Fakt ist, dass bereits heute Fahrzeughalter von überdurchschnittlich effizienten Ottomotor-Pkws eine Kfz-Steuer unter 100 Euro pro Jahr zahlen. Für diese kann die Kfz-Steuer gar nicht so weit abgesenkt werden, dass sich die Kosten für die Mautvignette ausgleichen.

Der Toyota Prius+ ist hierfür ein gutes Beispiel. Die Kfz-Steuer für dieses Fahrzeug beträgt heute bei Zulassung 38 Euro. Wenn also die Wahlversprechen der CSU eingehalten werden sollen, ohne dass die Kosten für in Deutschland zugelassene Autos steigen, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel es zur Bedingung gemacht hat, dann müssen für Millionen Fahrzeuge individuelle Mautsätze festgelegt werden. Batteriebetriebene Elektroautos, die heute gekauft und zugelassen werden, sind für zehn Jahre sogar gänzlich von der Kfz-Steuer befreit. Eine Absenkung der Kfz-Steuer ist gar nicht möglich. Für diese Fahrzeuge bliebe nur eine Befreiung von der Maut übrig.

EU-Verkehrskommissar Siim Kallas hat europarechtliche Bedenken gegen die Mautpläne der Regierung geäußert. Kommt statt der Ausländermaut also doch bald eine Maut für alle AutofahrerInnen?

Das ist zu befürchten. Denn bei einer EU-rechtlich einwandfreien Pkw-Maut müssten deutsche und ausländische Autofahrende gleich behandelt werden. Dies ist allerdings nicht der Fall, wenn nur deutsche AutofahrerInnen Anspruch auf Öko-Boni für klimaschonende Fahrzeuge haben. Wenn es auch Boni für im Ausland zugelassene Pkw gibt, dann wird es dreißig bis vierzig verschiedene Mautsätze geben. Man stelle sich das Chaos an den Verkaufsstellen für die Vignette an der deutschen Grenze oder bei den Autoclubs in Frankreich, Österreich und anderen Nachbarstaaten vor.

Es könnte also auch sein, dass die Maut an den Umsetzungsproblemen scheitert?

Schon jetzt diskutieren Koalitionäre und VerkehrsexpertInnen ja, wann die Maut realistischereinschweise überhaupt eingeführt werden könnte. Vielleicht 2016 oder doch erst 2017? Dann ist wieder Bundestagswahl und wir haben ein neues Wahlkampfthema für die CSU.

Wie müsste eine Pkw-Maut aussehen, die ökologisch sinnvoll und sozial gerecht ist?

Wenn überhaupt eine Pkw-Maut eingeführt werden soll, muss diese fahrleistungsbezogen erhoben werden und auf allen Straßen gelten. Damit wird erreicht, dass diejenigen, die mehr fahren, auch mehr zahlen. Gleichzeitig wird damit ein Anreiz gegeben, das Auto auch einmal stehen zu lassen und über Alternativen nachzudenken.

Doch bleibt auch hier der Nachteil der Erhebungskosten bestehen. Ebenso ungeklärt sind bis heute Fragen des Datenschutzes. Wer es mit ökologischer Lenkungswirkung ernst meint, sollte daher über eine Weiterentwicklung der Ökosteuern nachdenken. Wer viel Kraftstoff verbraucht und CO₂ emittiert, wird dann zielgenau zur Kasse gebeten.

[Interview: Daniel Hiß]

Der Sozialwissenschaftler Gerd Lottsiepen ist verkehrspolitischer Sprecher des VCD. Von 1983 bis 1992 arbeitete er zunächst in verschiedenen Projekten an der Arbeitsstelle für verkehrspädagogische Forschung und Lehre der Technischen Universität Berlin. Seit 20 Jahren ist Lottsiepen beim VCD aktiv und macht sich für umweltverträgliche Mobilität stark. Seit 1995 ist er Autor der VCD Auto-Umweltliste.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2803510,
E-Mail: gerd.lottsiepen@
vcd.org,
www.vd.org



kommt ein Symposium der Unesco. Die Fakten wurden im Dezember bei der Klimakonferenz in Warschau präsentiert. Um der Versauerung entgegenzutreten, hilft aus Sicht der WissenschaftlerInnen nur eine starke Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Blieben die Emissionen auf dem aktuellen Niveau, wären die Meere bis zum Ende des Jahrhunderts 170 Prozent saurer als vor der Industrialisierung. Meere absorbieren momentan einen großen Teil der anthropogenen CO₂-Emissionen und halten damit die globale Erderwärmung ein Stück weit auf. Die Absorptionsfähigkeit verringert sich aber mit zunehmendem Säuregrad. [am]

► www.kurzlink.de/unesco-ocean-acid13

Überfischung

Mühsam ernährt sich...

■ In diesem Jahr werden 27 europäische Fischbestände nachhaltig befischt. Das haben die EU-FischereiministerInnen bei ihrem Treffen in Brüssel im Dezember beschlossen. 2015 soll die Zahl der Bestände, die auf dem Niveau des höchstmöglichen Dauerertrags (Maximum Sustainable Yield) befischt werden, auf 30 steigen.

Während die EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki die Beschlüsse als vorzeitige Umsetzung der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) begrüßte, kritisierten Umweltverbände, dass ein Großteil der Bestände nach diesen Beschlüssen immer noch überfischt werde. Es sei zwar positiv, dass die MinisterInnen mehr nachhaltige Fangquoten beschlössen, sagte Monica Verbeek, Geschäftsführerin von Seas At Risk. Bei vielen Beständen hätten die MinisterInnen jedoch wissenschaftliche Empfehlungen ignoriert und kurzfristigen Interessen den Vorrang gegeben.

Die neue GFP beinhaltet das Ziel, bis 2015 alle Fischbestände, bei denen das möglich ist, nach dem höchstmöglichen Dauerertrag (Maximum Sustainable Yield) zu befischen. Spätestens 2020 sollen alle

europäischen Bestände auf diesem Niveau bewirtschaftet werden. [am]

- Einzelne Fangquoten:
www.kurzlink.de/fish-counc-1213
- www.seas-at-risk.org

Fischereipolitik

Reform unter Dach und Fach

■ Mitte Dezember hat das Europaparlament dem bereits im Mai zwischen Vertretern von Rat und Parlament ausgehandelten Kompromiss zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) offiziell zugestimmt. Damit wurde der Weg frei, dass die neuen Regeln Anfang 2014 in Kraft treten können.

Die neue GFP verbietet weitgehend das Zurückwerfen von ungewolltem Beifang und soll dafür sorgen, dass ab 2015, spätestens aber bis 2020, keine Bestände mehr überfischt werden. Auf ein verbindliches Ziel für gesunde Fischbestände konnten sich die Entscheidungsträger hingegen nicht einigen. In unserem DNR-Steckbrief finden Sie die wichtigsten Neuerungen zur GFP übersichtlich zusammengefasst. [am]

► www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-gfp-ergebnisse.pdf

Tiefsee

Grundschleppnetze weiter erlaubt

■ Das Plenum des Europäischen Parlaments hat im Dezember über Regeln für die Fischerei in der Tiefsee abgestimmt. Dabei schlossen sich die Abgeordneten mit knapper Mehrheit einem Votum des Fischereiausschusses an, das zwar das Fischen mit Grundschleppnetzen in besonders sensiblen Tiefseegebieten einschränkt, es aber nicht vollständig verbietet. Umweltorganisationen hatten in dieser Frage auf ein vollständiges Verbot gehofft, wie es der Umweltausschuss

gefordert hatte (siehe umwelt aktuell 12.2013/01.2014, S. 26).

Die Grüne Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms bedauerte das knappe Resultat. Die lautstarke Lobby der Tiefseefischer habe sich durchgesetzt, obwohl die neuen Regeln nur eine Handvoll besonders großer europäischer Boote betroffen hätten. Arbeitsplätze seien – entgegen den Behauptungen der Lobby – kaum in Gefahr gewesen. [am]

► www.kurzlink.de/harms-tiefsee-121313

Schweinswale

Neues Schallschutzkonzept

■ Das Bundesumweltministerium hat Anfang Dezember ein neues Schallschutzkonzept für den Schutz von Schweinswalen beim Ausbau der Offshorewindkraft in deutschen Gewässern verabschiedet. Hintergrund für die Initiative ist der Lärm, der beim Einrammen der Windkraftanlagen entsteht. Das Konzept sieht vor, dass die Rammungen zeitlich so organisiert werden, dass die Schweinswale immer einen ausreichend großen Rückzugsraum haben. Das Meeresgebiet rund um Sylt soll besonders geschützt werden, da die unter Artenschutz stehenden Meeressäuger hier ihre Jungen aufziehen.

Naturschützer hatten wiederholt einen Schallschutzplan für Schweinswale beim Ausbau der Offshorewindkraft gefordert. Das Schutzkonzept, das eigentlich schon vor der Bundestagswahl erscheinen sollte, war von den Küstenbundesländern verzögert worden. [am]

► www.nabu.de/themen/meere/windparks

Natürlicher Hochwasserschutz

Bundesprogramm kommt

■ Im Koalitionsvertrag haben sich die Unionsparteien und die SPD darauf geeinigt, als Teil des Hochwasserschutzes ein Bundesprogramm zur Förderung der Re-

naturierung von Fließgewässern und Auen aufzulegen. Welche Form das Programm annehmen wird, ist bisher noch unklar.

Naturschützer hatten ein solches Bundesprogramm in Reaktion auf das verheerende Hochwasser im Frühsommer 2013 wiederholt gefordert. Der NABU begrüßt die Entscheidung der Großen Koalition. Es gebe immensen Handlungsbedarf, die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Vereinbarungen zügig umzusetzen. Dem Bund komme eine wichtige Rolle bei dem Thema Flussrenaturierung zu, da vor allem die Auen an den großen Bundeswasserstraßen in einem schlechten ökologischen Zustand seien. Zu diesem Schluss kommt die Analyse „Blaues Band“, die der NABU im Januar in Berlin vorstellte. [am]

- ▶ Koalitionsvertrag (siehe S. 120):
www.kurzlink.de/groko-vertr-122013
- ▶ Analyse „Blaues Band“:
www.kurzlink.de/nabu-brosch-bl-band

Elbvertiefung

Gerichtsentcheid im Sommer

■ Die Verhandlungen im Gerichtsverfahren um die umstrittene Elbvertiefung sollen am 15. Juli beginnen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Anfang

Dezember angekündigt. Die Umweltverbände BUND und NABU hatten im Sommer 2012 gemeinsam gegen die Vertiefung der Elbe geklagt, da sie nach ihrer Meinung gegen das Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie und der EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verstößt (umwelt aktuell 07.12, S. 26). Im Herbst 2012 hatte das Leipziger Gericht daraufhin einen vorläufigen Baustopp verhängt.

Das Gerichtsverfahren ist auch deshalb brisant, weil es als richtungsweisend für andere geplante oder im Bau befindliche Flussvertiefungen gilt.

Das Bündnis Lebendige Tideelbe hat eine Chronologie der Pläne zur Elbvertiefung zusammengestellt. [am]

- ▶ www.bund-hamburg.bund.net
- ▶ www.kurzlink.de/chron-elbvert-1213

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourceneffizienz

KMU zeigen Engagement

■ Im Vergleich zum Vorjahr sind die europäischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) 2013 immer ressourceneff-

fizienter geworden und haben wesentlich zur Umstellung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft beigetragen. Das ergab eine Eurobarometer-Umfrage über Klein- und Mittelbetriebe, Ressourceneffizienz und grüne Märkte, die Ende Dezember veröffentlicht wurde.

42 Prozent der KMU haben mindestens einen Mitarbeiter in Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt, dessen Arbeit einen ökologischen Bezug hat. Das entspricht einem Anstieg um fünf Prozent gegenüber dem Jahr 2012.

Zudem haben mehr als neun von zehn der Klein- und Mittelunternehmen mindestens eine Maßnahme ergriffen, um ressourceneffizienter zu werden, und der Umfang ihrer Bemühungen hat seit dem Vorjahr zugenommen.

Die häufigsten Maßnahmen haben mit der Verringerung des Abfallaufkommens, Energieeinsparung und Materialeinsparung zu tun. Mindestens die Hälfte der Unternehmen recyceln, indem sie Materialien oder Abfälle innerhalb des Unternehmens wiederverwenden oder Wasser sparen. Ein Viertel der europäischen KMU verkaufen grüne Produkte oder Dienstleistungen, heißt es in der Eurobarometerumfrage. [bv, Quelle: EU-Umweltbüro]

- ▶ www.eu-umweltbuero.at
- ▶ www.eukom-pm-kmu

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/newsletter

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

Ressourceneffizienz

Indikatoren veröffentlicht

■ Im Dezember hat das europäische Statistikamt Eurostat erste Indikatoren zur Ressourceneffizienz veröffentlicht. Die 30 Indikatoren, die an den Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa angelehnt sind, sollen helfen, den Gebrauch natürlicher Ressourcen in der EU zu erfassen und ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft voranzubringen.

Der DNR begrüßt die Einführung von Indikatoren zur Ressourceneffizienz, sieht jedoch die Wahl von Ressourcenproduktivität als Leitindikator kritisch. Ökologische und soziale Aspekte würden dabei vernachlässigt. Da nur innereuropäische Entwicklungen betrachtet werden, ließe der Indikator den Ressourcenkonsum im Ausland außer Acht. Walter Rademacher, Direktor von Eurostat, sagte: „Ressourceneffizienz zu messen ist eine statistische Herausforderung. Natürliche Ressourcen – wie Mineralien, saubere Luft und Wasser, Ackerland und Fischbestände – sind wichtig für unsere Lebensqualität. Eine bessere Nutzung dieser Ressourcen sicherzustellen ist eine Schlüsselinitiative der Zukunft.“

Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat einen Bericht zu Umweltindikatoren veröffentlicht. Neben Ressourceneffizienz stellt sie Indikatoren zu Klimawandel, Luftverschmutzung und Biodiversität vor. Mithilfe der Indikatoren könne man nachvollziehen, wie sich Ökosysteme seit Anfang der 1990er-Jahre verändert haben. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/res-ind-scoreboard
- ▶ www.kurzlink.de/dnr-sb-indikatoren
- ▶ www.kurzlink.de/oecd-indikatoren

Freihandelsabkommen EU-USA I

DNR-Steckbrief und Webseite

■ Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Dadurch würde die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Der Inhalt des Abkommens und

der intransparente Verhandlungsprozess werfen viele Fragen auf. Die EU-Koordinati-on des Deutschen Naturschutzring hat einen Steckbrief zum Thema erstellt. Er fasst den Hintergrund des Abkommens zusammen, geht auf die umweltrelevanten Aspekte ein, erklärt den Verhandlungs- und Entscheidungsprozess und stellt unterschiedliche Positionen innerhalb der Debatte vor. Außerdem hat das Bündnis TTIP-unfairHandelbar eine eigene Homepage erstellt, die Aktivitäten und Positionen des Bündnisses sowie Informationen zum TTIP bereitstellt. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/dnr-sb-ttip
- ▶ www.ttip-unfairhandelbar.de

Freihandelsabkommen EU-USA II

Die Bürger werden gefragt

■ EU-Handelskommissar Karel de Gucht hat Mitte Januar angekündigt, das Investitionskapitel der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA zur öffentlichen Konsultation freizugeben. Damit reagiert de Gucht auf das große öffentliche Interesse an den bisher völlig intransparenten Verhandlungen und insbesondere an dem Kapitel zu Investor-Staat-Klagen.

Dies würde es Investoren erlauben Staaten direkt zu verklagen, wenn sie ihren Profit durch bestehende Regulierungen oder Gesetze, etwa im Umweltbereich, gefährdet sehen. In solchen Klagen geht es meist um Schadenersatz in Milliardenhöhe. Anfang März will de Gucht den aktuellen Verhandlungsstand veröffentlichen. Dann wird es drei Monate lang möglich sein, Kommentare und Bewertungen des Kapitels abzugeben. Für diesen Zeitraum werden die Verhandlungen zu diesem Thema ausgesetzt.

Das NGO-Bündnis TTIPunfairHandelbar reagierte gestern verhalten optimistisch auf die angekündigte Verhandlungspause im Investitionskapitel: „Wir brauchen endlich vollständige Offenlegung der gefährlichen EU-Pläne bei internationalen Handelsabkommen. Die TTIP-kritische Bewegung wird den Europawahlkampf

und die Konsultationsphase zum Investitionsschutz nutzen, um auf all die Gefahren von TTIP für Umweltschutz, Verbraucherinteressen und demokratische Regulierung hinzuweisen. Nicht nur beim TTIP, auch beim EU-Kanada-Abkommen (CETA) sowie weiteren Verträgen werden wir – und hoffentlich das Europäische Parlament solche konzernfreundlichen Vertragsinhalte nicht mehr durchgehen lassen“, sagte Alessa Hartmann, Koordinatorin des Bündnisses. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-kom-ttip-konsult
- ▶ www.kurzlink.de/pm-unfair-konsult

Rohstoffsituation 2012

Jahresbericht veröffentlicht

■ Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat den Bericht zur Rohstoffsituation 2012 veröffentlicht. Der internationale Rohstoffmarkt habe sich entspannt, weil das globale Wachstum im Vorjahr geringer ausgefallen sei. Auch die Rohstoffpreise sind leicht gefallen, vor allem wegen des verlangsamten Wachstums in China, das den größten Einfluss auf die Rohstoffnachfrage weltweit hat. Diese Entwicklung wirkt sich negativ auf die Bruttoinlandsprodukte rohstoffexportierender Länder aus. Daher sind vor allem afrikanische Länder betroffen. In den kommenden Jahrzehnten sieht die BGR die Verfügbarkeit von Erdöl sowie einiger Seltener Erden gefährdet.

In Deutschland hält die BGR die starke Abhängigkeit von Rohstoffimporten für problematisch. Allein 2012 wurden 300 Tonnen Rohstoffe nach Deutschland importiert. Den größten Anteil dieser Importe machen Energierohstoffe sowie Metallrohstoffe aus. Nur bei mineralischen Rohstoffen ist Deutschland zu fast 100 Prozent Selbstversorger. Durch ein erhöhtes Recycling von Metallrohstoffen könne die Importabhängigkeit Deutschlands in diesem Bereich deutlich verringert werden, so die BGR. Der Bericht zur Rohstoffsituation wird seit 1980 jährlich veröffentlicht. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/bgr-rohstoff-2012

THEMA

Ja zu Europa

Umweltverbände aus Deutschland ziehen mit gemeinsamen Forderungen in den Europawahlkampf. Bei einem Verbändeworkshop der EU-Koordination des DNR im November 2013 haben sich VertreterInnen der deutschen Umwelt-NGOs auf den Europawahlkampf vorbereitet und Positionen und Aktionen diskutiert.

■ Im Mai ist Europawahl. Und es steht viel auf dem Spiel: Mit der Zusammensetzung des neuen EU-Parlaments entscheiden die BürgerInnen auch über mehr oder weniger Europa, neue Impulse für die europäische Klima- und Energiepolitik oder die Aushöhlung der Demokratie und die Abschaffung europäischer Umwelt- und Sozialstandards durch das geplante Freihandelsabkommen mit der USA. Auch die deutschen Umweltverbände wollen sich aktiv in diese Diskussionen einmischen und zur Wahl für ein nachhaltiges Europa mobilisieren. Ende 2013 legten sie beim Verbändeforum des DNR den Grundstein für gemeinsame Forderungen und Aktivitäten.

Europawahl: Chance und Risiko

Die kommende Europawahl findet erstmals unter dem 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrag statt, der die Arbeitsweise der EU regelt. Das bringt verschiedene Neuerungen mit sich. Die europäischen Parteien treten beispielsweise mit SpitzenkandidatInnen an, die gleichzeitig KandidatInnen für das Amt des Kommissionspräsidenten sind. Aber auch die Machtbefugnisse des Parlaments haben sich durch den neuen Vertrag deutlich gesteigert. Die EU prägt die Politik ihrer Mitgliedstaaten und das Parlament ist als Kogesetzgeber an allen Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Das gilt insbesondere auch für die Umwelt- und Klimapolitik: 80 Prozent der Umweltgesetzgebung hat ihren Ursprung in Brüssel. Der Grünen-Europaabgeordnete Michael Cramer betonte deshalb die Wichtigkeit der anstehenden Wahlen. Gleichzeitig warnte er aber auch vor Rechtspopulisten und Euroskeptikern, die angesichts der Euro- und Wirtschaftskrise derzeit starken Zulauf haben. In vielen EU-Mitgliedstaaten formieren sich gerade europakritische Bündnisse. In Deutschland

tritt die Alternative für Deutschland (AfD) mit einem antieuropäischen Programm an und hat gute Chancen, ins EU-Parlament einzuziehen. Auch weil die bislang geltende Fünf-Prozent-Hürde auf drei Prozent gesenkt wurde und vom Bundesverfassungsgericht noch ganz gekippt werden könnte (Entscheidung des BVerfG nach Redaktionsschluss). Zusammen mit den deutschen Umweltverbänden will die EU-Koordination des DNR dagegehalten. Ja zu Europa, nein zu Umweltzerstörung und Deregulierung – das ist die eindeutige Botschaft.

Gemeinsame Kernforderungen

Mit einem Positionspapier wollen die Umweltverbände gegen industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung mobilisieren und ambitionierte Klima- und Energieziele sowie eine wirksame Reform des europäischen Emissionshandels einfordern. In der nächsten Legislaturperiode will die EU ein neues Klima- und Energiepaket für 2030 beschließen – doch die Ziele sind so niedrig, dass ein Zusammenbruch des Emissionshandels und Stillstand beim Energiesparen und erneuerbaren Energien vorprogrammiert sind. Die europäischen Treibhausgase müssen bis 2030 um mindestens 55 Prozent sinken, erneuerbare Energien auf 45 Prozent wachsen und der Energieverbrauch um 40 Prozent fallen. Aber auch der marode Emissionshandel muss gerettet und saniert werden, um den Klimaschutz voranzutreiben und den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu beschleunigen.

Auch die Agrarwende bleibt ein wichtiges Thema. Zwar sind in der Gemeinsamen Agrarpolitik die Weichen für die kommenden sieben Jahre gestellt, der Umstieg auf eine ökologisch und bäuerlich geprägte Agrarkultur ist aber noch weit entfernt. Um von der industriellen Landwirtschaft wegzukommen, muss die EU Massentierhal-

tung stoppen und das Konzept der flächengebundenen Tierhaltung einführen. Jeder Betrieb darf dann nur so viele Tiere halten, wie er auch selbst ernähren kann. Die EU muss aber auch ihre internationale Verantwortung wahrnehmen und den Hunger in der Welt bekämpfen. Hierfür muss sie von ihrer exportorientierten Agrarproduktion Abstand nehmen und 10 Prozent ihres Entwicklungsetats zur Unterstützung von Kleinbauern in Entwicklungsländern nutzen. Die Umweltverbände sprechen sich auch klar gegen die Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) aus. Bei beiden Abkommen geht es vor allem um Deregulierung und Liberalisierung. Weder die Abschaffung ökologischer und sozialer Standards noch die Aushöhlung der Demokratie durch intransparente Verhandlungen oder geplante Investor-Staat-Schiedsgerichtbarkeiten wollen die Verbände hinnehmen.

Aktivitäten zur Wahl

Die deutschen Umwelt-NGOs werden mit umweltpolitischen Forderungen und einer Vision für die Zukunft Europas in den Wahlkampf ziehen. Bis dahin wollen sie ihre Basis mobilisieren und mit Online-Aktionen, auf Tagungen sowie in den Wahlkampfarenen für ein nachhaltiges Europa werben. Die EU-Koordination des DNR wird die Verbände-Aktivitäten mit Presseworkshops und Infomaterialien zur Wahl unterstützen. Der Verbändeworkshop hat deutlich gezeigt: Im Europawahlkampf wollen die Umweltorganisationen mit einer Stimme sprechen – für mehr Umweltschutz und für mehr Europa. **[Daniel Hiß]**

- ▶ DNR-Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl
- ▶ www.eu-koordination.de/ueber-uns/arbeitschwerpunkte/europawahlen-2014

DNR INTERN

Mitgliederversammlung 2013

Arbeitsplanung 2014–2016, neues Leitbild

■ Auf der Mitgliederversammlung des DNR am 30. November 2013 in Berlin äußerten sich die Anwesenden besorgt über die aktuelle politische Entwicklung im Natur-, Tier- und Umweltschutz auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Mehr denn je bedarf es deshalb eines starken, geschlossen auftretenden Dachverbandes, der sich in angemessener Weise den Anforderungen stellen kann.

Gastredner war der neue Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) Heinrich Botterman. In seinem Vortrag ging er auf die Kooperationsfelder zwischen der DBU und den Verbänden ein und kündigte an, mit dem neu zu bildenden Kuratorium über verbesserte Fördermöglichkeiten zu diskutieren. Hauptziel der DBU wie des DNR sei es, den Natur- und Umweltschutz in Deutschland stärker voranzutreiben. Man solle „gemeinsam um den besten Weg in der Sache ringen“.

Das neue Leitbild des DNR nahm die Mitgliederversammlung einstimmig an. Der Vorschlag des Präsidiums für eine neue Beitragsordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Darüber hinaus bestätigte die Mitgliederversammlung die Notwendigkeit einer Satzungsänderung. Die neue Satzung soll auf der nächsten Mitgliederversammlung verabschiedet werden.

Erstmals wurde eine Mehrjahresplanung vorgestellt, die als Arbeitsschwerpunkte für die nächsten Jahren Themen wie Energiepolitik, Biodiversität, Landwirtschaft, Bergrecht und den Transformationsprozess vorsieht. Ein weiterer neuer Arbeitsschwerpunkt in der EU-Koordination ist das internationale Freihandelsabkommen TTIP, das bei den Mitgliedern auf besonders großes Interesse stieß. Die Mehrjahresplanung wurde einstimmig verabschiedet.

Der Dachverband freut sich, als neues Mitglied die 1998 in der Türkei gegründete

TEMA Stiftung für den Naturschutz zu begrüßen. Für die Arbeit des DNR stellt die Aufnahme eine Stärkung der Bereiche interkulturelle und internationale Kooperation dar. **[Sabine Spilles]**

► www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Deutsche Umweltstiftung

Unter dem Motto „Hoffnung durch Handeln“ arbeitet die Umweltstiftung seit ihrer Gründung 1982 in dem Bereich Umweltbildung und unterstützt verschiedene Projekte. Seit 2011 wird beispielsweise das „Wichtigste Umweltbuch des Jahres“ gekürt und mithilfe der „Jungen Akademie“ bildet die Stiftung Junge Menschen umweltpolitisch weiter.

Die Umweltstiftung schlägt die Brücke zwischen WissenschaftlerInnen und Menschen, die sich im Naturschutzbereich engagieren. Auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit setzt sich die Stiftung unter anderem für objektive Umweltinformation in den Medien ein. Außerdem beschäftigt sich die Organisation mit den Fragen des Klimawandels, sie steht für den Einsatz von regenerativen Energien und gegen die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Deswegen unterstützt sie auch lokale und regionale Naturschutz- und Umweltinitiativen. Insgesamt 2.056 StifterInnen finanzieren die Deutsche Umweltstiftung. **[vw]**

► Deutsche Umweltstiftung, Jamila Mohme, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 202384-280, Fax-289, www.deutschemweltstiftung.de

Deutscher Alpenverein (DAV)

Der Deutsche Alpenverein setzt sich für den Schutz und die nachhaltige Entwicklung der natürlichen Umgebung der Alpen und des Mittelgebirges ein. Den Alpenverein gibt es seit 1896 und inzwischen hat er über eine Million Mitglieder in 354 Sektionen. Mit verschiedenen Projekten, wie „Skibergsteigen umweltfreundlich“ und „Klettern und Naturschutz“ möchte der DAV Bergsportler den umweltverträglichen Umgang mit der Natur näherbringen. Im Bereich Biodiversität setzt der DAV sich für den Erhalt von unerschlossenen Flächen/Biotopen in Gebirgen ein. Der Deutsche Alpenverein ist einer der mitgliederstärksten Naturschutzverbände in Deutschland und hat auch eine Untergruppe für Jugendliche, den JDAV. **[vw]**

► Deutscher Alpenverein (DAV), Ruth Schedlbauer, München, Ressort Natur- und Umweltschutz, Tel. +49 (0)89 / 14003-75, Fax -64, E-Mail: natur@alpenverein.de, www.alpenverein.de

Deutscher Tierschutzbund

Seit der Gründung 1881 vertritt der Deutsche Tierschutzbund den Grundsatz, dass jedes Lebewesen ein Recht auf Unversehrtheit und ein artgerechtes Leben hat. 16 Landesverbände, über 700 örtliche Tierschutzvereine mit mehr als 500 vereinseigenen Tierheimen und mehr als 800.000 Mitglieder unterstützen diese Auffassung. Damit ist der Tierschutzbund Europas größte Tier- und Naturschutzdachorganisation.

Da der Tierschutzbund seine Grundgedanken für Tiere in zahlreichen Bereichen wie in der Wirtschaft, der Forschung, aber auch im Privathaushalt verwirklichen möchte, ist sein Aufgabenspektrum dementsprechend breit gefächert. So zählen unter anderem Lobbyarbeit, der praktische Einsatz vor Ort, aber auch fachliche und finanzielle Unterstützung zu den Hauptaufgaben des Deutschen Tierschutzbundes. Indem sich der Tierschutzbund zudem für artgerechtere Nutztierhaltung einsetzt, beschäftigt sich der Verband auch mit den Auswirkungen von Nutztieren auf das Klima. Denn der hohe Energie- und Wasserverbrauch, Düngen, Überweidung

und Brandrodung besonders in der Intensivlandwirtschaft tragen erheblich zum Treibhausgaseffekt bei. [rm]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Thomas Schröder, Bonn, Tel. +49 (0) 228 / 60 496-0, Fax -40, E-Mail: bg@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

EHRENAMT

EU-Bürgerprogramm 2014–2020

Bundestag signalisiert Ja

■ Der Hauptausschuss des Deutschen Bundestags hat im Dezember den geänderten Gesetzentwurf (18/13) angenommen, mit dem die Bundesregierung ermächtigt wird, dem EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ von 2014 bis 2020 im Europäischen Rat zuzustimmen.

Inhaltliche Schwerpunkte im neuen Programmzeitraum sollen die Themen Europäisches Geschichtsbewusstsein sowie Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung sein. Während CDU/CSU und SPD dafür stimmten, votierte die Linke dagegen. Bündnis 90/Die Grünen wollen im Parlamentsplenum dafür stimmen. Entgegen der ursprünglichen Planung soll das Programm jedoch nur noch mit einem Budget von 185,5 Millionen statt 229 Millionen Euro ausgestattet werden. [mbu]

- ▶ Bundestag zu EU-Bürgerprogramm: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/000/1800013.pdf>

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Kreativwettbewerb „Die letzten 300“

Ostseeschweinswal retten

■ Im Dezember sind die Gewinner des Kreativwettbewerbs „Die letzten 300“ bekannt gegeben worden. Aus fast 100 Beiträgen wählte die Jury die 15-jährige Laura Statkus

(Niedersachsen) mit ihrem Stop-Motion-Film „Hallo kleiner Wal“ als Gewinnerin. Sie erhält 500 Euro und eine Reise auf die Insel Fehmarn.

Platz zwei ging an Julia Ettlich (Sachsen-Anhalt) für ihr Info-Plakat „SOS – 6.309.573 laufende Pressluftschlämmer“ zum Thema Unterwasserlärm. Den dritten Platz belegt Jacqueline Rotschies (Bremen) mit dem Plakat „Countdown“ zum Schutz der Wale. Mit dem Wettbewerb soll auf den vom Aussterben bedrohten Ostseeschweinswal aufmerksam gemacht werden. [rm]

- ▶ www.schweinswal.eu/wettbewerb2013

Deutscher Engagementpreis

Wanderverband ist ausgezeichnet

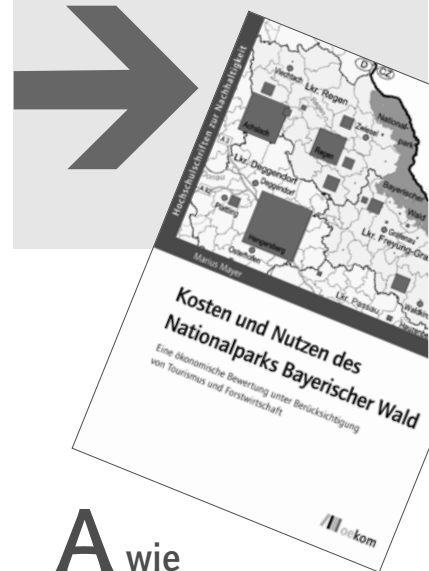
■ 20.000 freiwillige WegzeichnerInnen, rund 200.000 Kilometer Wanderwege und 350.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden – jedes Jahr tragen Freiwillige des Deutschen Wanderverbands (DWV) dazu bei, Wanderwege instand zu halten und Wegmarkierungen zu erneuern. Die Ehrenamtlichen des DWV unterstützen damit den wachsenden Wandertourismus, leisten aber auch einen großen Beitrag zum Naturschutz. Dieses Engagement zeichnete das Bündnis Gemeinnützigkeit im Dezember mit dem Deutschen Engagementpreis in der Kategorie dritter Sektor aus.

Mit dem Deutschen Engagementpreis, der inzwischen zum fünften Mal verliehen wurde, will das Bündnis Gemeinnützigkeit die Arbeit der vielen Tausend Ehrenamtlichen in Deutschland sichtbar machen. Neben dem Deutschen Wanderverband ehrte die Jury auch PreisträgerInnen in den Kategorien Politik und Verwaltung sowie Wirtschaft. Die Gründerin der Andheri-Hilfe Bonn, Rosi Gollmann, wurde für ihr persönliches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit ausgezeichnet. [dh]

- ▶ www.deutscher-engagementpreis.de
- ▶ www.wanderverband.de

Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Analyse

Was kostet ein Nationalpark? Oder bringt er sogar Geld ein? An diesen Fragen entzündeten sich immer wieder heftige Debatten von Kritikern und Befürwortern. Marius Mayer gibt Antworten, seine Kosten-Nutzen-Analyse fällt unter dem Strich positiv für den Nationalpark aus. Und er stellt fest: Ein Nationalpark spiegelt immer gesellschaftliche Werturteile wider.

Marius Mayer
Kosten und Nutzen des Nationalparks Bayerischer Wald
Eine ökonomische Bewertung unter Berücksichtigung von Tourismus und Forstwirtschaft

580 Seiten, broschiert, 44,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-451-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

TERMINE

FEBRUAR

06.02., Frankfurt am Main (D)

Chemie, Luftqualität und Klima – Wissenschaft für die Gesellschaft.

719. DECHEMA-Kolloquium

► www.kurzlink.de/dechema719-anmeld

12.02., Potsdam (D)

Launch des Naturkapital Deutschland-TEEB DE-Klimaberichtes „Naturkapital und Klimapolitik: Synergien und Konflikte“.

► www.naturkapital-teeb.de

12.02., Potsdam (D)

Gesellschaft im Klimawandel. Welche Anpassungen sind nötig, möglich, zukunftsfähig?
4. Jahrestagung des Climate Service Centers (CSC)

► www.kurzlink.de/4jahrestgng-csc-info,
www.climate-service-center.de/034742/index_0034742.php.de

12.02., Berlin (D)

Die Re-Industrialisierung Europas? Grüne Industriepolitik als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. Podiumsdiskussion

► Heinrich Böll Stiftung, Ute Brümmer, Tel. +49 (0)30 / 28534237, E-Mail: bruemmer@boell.de,
calendar.boell.de/de/event/die-re-industrialisierung-europas

13.02., Berlin (D)

Energiewende 2.0. Konferenz

► Heinrich Böll Stiftung, Rita Hoppe, Tel. +49 (0)30 / 28534216, E-Mail: hoppe@boell.de,
calendar.boell.de/de/event/energiewende-20

13.02., Nürnberg (D)

LebensWERTraum 2025. Internationaler Kurzfilmwettbewerb und Preisverleihung

► Bluepingu e.V., Frank Braun, Tel. +49 (0)171 / 4993272, E-Mail: frank@bluepingu.de

14.02.–16.02., Köln-Riehl (D)

Land Grabbing für Rendite: Verletzung des Rechts auf Nahrung durch Investitionen in aktiv gemanagtes Agrarland. Seminar

► FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN), Anmeldungen an Gertrud Falk, g.falk@fian.de,
Tel. +49 (0)221 / 7020072, www.fian.de

15.02., Hamburg (D)

Modelle gelebter Nachhaltigkeit. Workshop

► Ökodorf-Netzwerk GEN, civi.gen-europe.org/civirm/event/info?reset=1&id=11

19.–20.02., Bratislava (SK)

Improving the Air Quality in Cities. Workshop

► Für weitere Informationen und zur Anmeldung: lesinsky@changenet.sk

20.02., Berlin (D)

Internationale Investitionspolitik und zukunftsfähige Entwicklung. Fachgespräch

► Brot für die Welt, Misereor, Forum Umwelt & Entwicklung, PowerShift.
E-Mail: anna.schueler@power-shift.de

20.02., Hamburg (D)

Rohstoffe aus dem Meer – Chancen und Risiken.

Präsentation des dritten World Ocean Review und anschließende Diskussion
► Stephanie Haack, maribus gGmbH, Pickhuben 2, 20457 Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 36807622,
E-Mail: haack@maribus.com,
www.worldoceanreview.com

24.–25.02., Berlin (D)

Europe, do it yourself. Fachforum Europa 2014

► Jugend für Europa, www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/fachforum2014

25.02., Berlin (D)

Clean Air Now! Potenziale zur Fahrradförderung in Luftreinhalteplänen. Fachgespräch

► Weitere Informationen und Anmeldung per
E-Mail: cleanair@vcd.org, www.cleanair-europe.org

28.02., Berlin (D)

Null Müll – eine Vision für Kommunen? Fachtagung

► Heinrich Böll Stiftung, Sabine Drewes, Tel. +49 (0)30 / 28534249, E-Mail: drewes@boell.de,
calendar.boell.de/de/event/null-muell-eine-vision-fuer-kommunen

Bis 14.09., München (D)

Lufft. Eine Mitmachausstellung zum Experimentieren und Staunen, ab 5 Jahren

► Kinder- und Jugendmuseum München,
www.kindermuseum-muenchen.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Februar 2014

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hieh] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.), Redaktion: Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mennen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm], Sabine Spilles [ssp], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Vom Modellprojekt zur Verstetigung

Den großen Dampfern voraus

Zwei hessische BNE-Projekte haben sich nach einer Pilotphase als Leuchtturmprojekte etabliert und werden nun in Zusammenarbeit mit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen in zehn Kommunen eingeführt. Wie aber wird aus einem lokalen Projekt ein Programm, das als Leuchtturm in die Region wirkt?

□ Auf dem letzten Nationalen Runden Tisch in Frankfurt sorgten zwei hessische Projekte für Aufsehen: Das „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ (Frankfurt) und die „Regionalen Netzwerke BNE“ (Fulda). Beide wurden in der lokalen Bildungslandschaft von Umweltzentren in Zusammenarbeit mit Kommunen und Partner aus NGOs und der Wirtschaft entwickelt.

Erfolgsrezept zur Transformation

Was ist das Erfolgsrezept zur landesweiten Verstetigung eines Projekts? Glückliche Umstände, strategisches Handeln oder der Lohn langjähriger Arbeit? Vielleicht von allem ein wenig. Aber vor allen Dingen wurde hier BNE vom Kopf auf die Füße gestellt. Für erfolgreiche Transformationen ist es erforderlich, dass die Veränderungen beispielhaft sichtbar und in konkret handhabbare Schritte aufgelöst werden, auch muss ein echter Dialog mit den Akteuren stattfinden. Der klassische Ansatz des Change Managements «analyze, think, change» wird inzwischen abgelöst von «see, feel, change». Oder in der Sprache der Umweltbildung: „Vom Wissen zum Handeln“ wird zu „Lernen durch Handeln“.

Schuljahr der Nachhaltigkeit

Im Jahr 2012 bewarb sich Frankfurt am Main als European Green Capital. Eine Expertengruppe erarbeitete einen Vorschlag, um auch im Bildungsbereich ein Leuchtturmprojekt zu etablieren. Die Strategie des „Schuljahrs der Nachhaltigkeit“: Verschiedene Aspekte von Nachhaltigkeit werden in zehn Doppelstunden in der vierten Jahrgangsstufe bearbeitet. Sie bleiben nicht isoliert, sondern werden mit Themen des Lehrplans verknüpft. Unter dem Überbegriff der Nachhaltigkeit verbindet sich das Thema „Strom“ mit „Klimaschutz“, die Fahrradprüfung mit „Mobilität“ oder

„Ernährung“ mit dem fairen Handel. Die Schüler wissen nach der Grundschule, was nachhaltige Entwicklung bedeutet, können Handlungsmöglichkeiten benennen und für die Gestaltung des eigenen Lebens nutzen. Das Schuljahr der Nachhaltigkeit hat sich die Verankerung von BNE in den Schulcurricula und in der Schulentwicklung auf die Fahnen geschrieben. Daher müssen sich die teilnehmenden Schulen jeweils mit der ganzen Jahrgangsstufe beteiligen, an den Fortbildungen teilnehmen und mittelfristig BNE im Schulcurriculum festschreiben. Da die personen-

THEMENHEFT VERSTETIGUNG

geleiteten Programme und die erprobten Materialien hinreichende Anreize bieten, ist das Interesse der Schulen groß. Möglich wurde das „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ durch Kompetenz von Akteuren (insbesondere die langjährige Erfahrung von Umweltlernen in Frankfurt e.V.) und die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die Nachhaltigkeit als Bestandteil ihrer unternehmerischen Tätigkeit ansehen. Begeisterte Schüler, zufriedene Schulen und ein gutes Presseecho sind Belohnung für die anstrengende Pilotphase.

Vom Projekt zum Leuchtturm

Essenziell für den Erfolg waren sowohl glückliche Umstände und strategische Überlegungen als auch die anerkannte Bedeutung der ANU-Hessen. Bereits zum Start der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen hatte die ANU einen fundierten, allgemein gehaltenen Vorschlag zur Verstetigung von BNE in Hessen eingebracht, der zunächst nicht berücksichtigt wurde. Es folgten geduldige Netz-

werarbeit, Kooperationen im begrenzten Rahmen und die eingangs erwähnten Pilotprojekte in den Kommunen. Die Nachhaltigkeitskonferenz im Frühjahr 2013 war die rechte Zeit, einen weiteren Vorschlag einzubringen. Entscheidend war, dass mit dem „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ und den „Regionalen Netzwerken BNE“ diesmal ein erfahrungsgesättigtes Konzept vorlag, das nicht nur die technische und ökonomische Dimension des gewünschten Wandels berücksichtigt. Es zeigt auch ganz konkret, wie das Konzept in die Institution Schule eingebracht und mit der Lernkultur verknüpft werden kann. Die Pilotprojekte in den Kommunen hatten gezeigt, wie es geht. Und über die durch die ANU organisierte Verbreitung der in der Durchführung gemachten Erfahrungen erlangte das Programm überregionale Bedeutung.

Der Anfang ist gemacht. Von Umweltzentren in Zusammenarbeit mit Kommunen erprobte und erfolgreich umgesetzte Initiativen haben auch bei den „großen Dampfern“ der Umwelt- und Kultusministerien Anerkennung gefunden und wurden in das politische und finanzielle Programm des Landes Hessen integriert. Es ist nun an der Zeit, dass Kommunen und Umweltzentren zu selbstverständlichen Akteuren einer bürgernahen Politik für eine nachhaltige Entwicklung werden. Die Transformation hin zu einer nachhaltigen Bildungslandschaft wird am Horizont sichtbar: lokal vor Ort entwickelt und mit den übergreifenden Politiken verbunden.

Michael Schlecht
Umweltlernen in Frankfurt e.V.

- ▷ www.bne-frankfurt.de
- ▷ www.osthessen-nachhaltig.de

BLICKPUNKT

Bildungsinitiative im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen

Mit einer breiten Vielfalt an Bildungsangeboten unter dem Dach einer koordinierten „Hessischen Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ baut die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ihren Ansatz der Vernetzung und Verstetigung von bestehenden Formaten und Angeboten aus.

Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen legt einen Schwerpunkt auf die Vermittlung nachhaltiger Denk- und Verhaltensweisen. Kinder und Jugendliche stehen als Entscheider von morgen dabei im Fokus. Mit verschiedenen Aktivitäten hat die Nachhaltigkeitsstrategie diesen Bildungsansatz bereits vorangetrieben. Die „100 Schulen für den Klimaschutz“, das Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der frühen Kindheit“, die verstärkte Einbindung von Schulen beim zweiten Hessischen Tag der Nachhaltigkeit und nicht zuletzt der Jugendbeirat der Nachhaltigkeitsstrategie sind nur ausgewählte Beispiele. Parallel dazu arbeiten in Hessen weitere Akteure im Themenfeld BNE, die insbesondere für Schulen Anregungen und praktische Unterstützung zur Integration der Nachhaltigkeitsthemen bieten.

Nach dem formalen Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005–2014)“ sollen die bisherigen Maßnahmen und Impulse in ein Weltaktionsprogramm überführt werden. Auch in Hessen geht es dabei um die dauerhafte Schaffung von nachhaltigen Strukturen in allen Bildungsbereichen sowie um die Vernetzung und Verstetigung der angestoßenen Aktivitäten. Die „Hessische Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ hat dabei feste Ziele. Sie möchte BNE in Hessen stärken und attraktive Einzelangebote unter einem gemeinsamen Dach verstetigen. Die Integration von BNE in die Lehrpläne soll vorangetrieben und eine nachhaltige Bildungslandschaft in Hessen gestärkt werden. Sie stellt außerdem eine Plattform für den Austausch der Schulen untereinander und mit anderen Akteuren bereit, um gute Beispiele zu verbreiten.

Beteiligte Akteure

Die „Hessische Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ lebt durch das Engagement der beteiligten Akteure. Die Kerngruppe zum Start der Initiative besteht aus Akteuren wie der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen im Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUELV), Referat I 1, der Hessischen Staatskanzlei, dem Referat I 3 B „Aus- und Fortbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im HMUELV sowie dem Hessischen Kultusministerium. Zu den externen Akteuren gehören die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen (ANU) und das Kompetenzzentrum HessenRohstoffe (HeRo) genauso wie das Umweltzentrum und Gartenkultur Fulda, die Jugendwerkstatt Felsberg oder die Landeskoordination „Umweltschule“.

Angebote und Strukturen

Die Bildungsinitiative setzt sich aus vielen verschiedenen Bausteinen zusammen. Folgende Angebote und Strukturen bringen die Akteure ein:

1. Schuljahr der Nachhaltigkeit und Einrichtung einer Netzwerk-Kontaktstelle

Die ANU Hessen bringt den Baustein „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ als konkretes Angebot an Schulen in die Initiative ein. Es basiert auf Erfahrungen des Pilotprojektes „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ in Frankfurt und soll Nachhaltigkeit in der Grundschule sowie Gestaltungskompetenz bei jungen Menschen vermitteln.

Gleichzeitig wird eine Netzwerk-Kontaktstelle eingerichtet, die die Aktivitäten aller Bausteine koordiniert und die operative Netzwerkarbeit steuert.

2. Gründung regionaler Netzwerke zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

„Regionale BNE-Netzwerke“ heißt das Projekt des Umweltzentrums Fulda. Dieses basiert auf den Erfahrungen des „Netzwerkes Bildungsregion Nachhaltigkeit Osthessen“. Es ist geplant, in den nächsten zwei Jahren die Gründung beziehungsweise Weiterführung von Netzwerken in fünf Regionen als Basis zur Verankerung von BNE umzusetzen.

3. Unterrichtseinheiten nachwachsende Rohstoffe

Das Kompetenzzentrum HessenRohstoffe (HeRo) e.V. bereichert die Bildungsinitiative um das Programm „NawaTour – nachwachsende Rohstoffe – kommen an!“. Es richtet sich an Grundschulen sowie Schulen der Sekundarstufen 1 und 2 und beinhaltet Schülerworkshops zur energetischen und stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe.

4. Unterrichtseinheiten zum Klimaschutz

Die Jugendwerkstatt Felsberg e. V. bringt in Kooperation mit dem Umweltzentrum Hanau Lehrerfortbildungen mit Unterrichtseinheiten zum Klimaschutz als konkretes Angebot an Schulen ein. Die Unterrichtseinheiten richten sich an weiterführende Schulen (Jahrgangsstufen neun bis zwölf).

Die „Hessische Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ kooperiert eng mit der „Landeskoordination Umweltschule“ und dem Netzwerk der Umweltbildungszentren in Hessen. So können zum einen die Angebote der Bildungsinitiative in die Breite getragen werden, zum anderen stehen kompetente Fachpartner für einen Austausch und gegenseitige Unterstützung zur Verfügung.

Ausblick und Perspektive

Die „Hessische Bildungsinitiative Nachhaltigkeit“ startet mit einer Kerngruppe von Akteuren und einem ersten Angebotsportfolio. Die Bildungsinitiative soll im Verlauf der zweijährigen Förderphase weitere Maßnahmen anstoßen, die zu einer Vernetzung und Verankerung in vorhandenen Strukturen sowie zur übergreifenden Sichtbarkeit von BNE beitragen. Konzeptionelle Weiterentwicklungen werden gemeinsam mit der Kerngruppe unter Leitung der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und umgesetzt. Die Schulen in Hessen können im Rahmen der Bildungsinitiative auf qualitativ hochwertige Module zugreifen und die Plattform für den Austausch mit anderen Schulen und weiteren Akteuren im Themenfeld Bildung für nachhaltige Entwicklung nutzen. Die Bildungsinitiative trägt damit zur Etablierung und Festigung einer nachhaltigen Bildungslandschaft in Hessen bei.

Ulrich Labonté

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

▷ www.hmuelv.hessen.de

▷ www.hessen-nachhaltig.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bundesverband**Vorstandswahlen**

□ Mitte November fanden in Frankfurt/Main die turnusgemäßen Vorstandswahlen des ANU-Bundesverbandes statt. Als Vorsitzende wurde Annette Dieckmann einstimmig wiedergewählt, Birgitt Fitschen aus Kiel wird für die kommenden zwei Jahre ihre Stellvertreterin sein. Ein neues Gesicht aus NRW ist Saskia Helm, die im erweiterten Sprecherrat mitarbeiten wird. Im geschäftsführenden Vorstand sind außerdem Günter Klarner aus Bonn als Schriftführer und wie zuvor Suse Stahl-schmidt aus Bochum als Schatzmeisterin vertreten. Der vorherige stellvertretende Vorsitzende Thorsten Ludwig aus Werleshausen und Heidi Kunis aus Leipzig wurden in den erweiterten Sprecherrat wiedergewählt. Susanne Schubert, die in ihrer 10-jährigen Vorstandstätigkeit maßgeblich am Entstehen von Leuchtpol beteiligt war, hat nicht wieder kandidiert. Als Kassenprüferinnen wurden Katharina Henne und Anja Schmidt wiedergewählt.

▷ www.umweltbildung.de

ANU Hamburg**PerspektivenWechsel**

□ Die ANU Hamburg bietet am 22. März auf Gut Karlshöhe eine eintägige Fortbildung an, bei der Menschen mit unterschiedlichsten körperlichen, geistigen oder auch psychischen Behinderungen und deren Umweltwahrnehmung im Mittelpunkt stehen. UmweltbildnerInnen, die auf Ideensuche für Angebote für diese Zielgruppe sind, können im Rahmen des Seminars vorhandene Ideen ausprobieren oder erste eigene Veranstaltungsideen entwickeln.

▷ www.anu-hamburg.de

Hamburg lernt Nachhaltigkeit**NUN-Zertifizierung**

□ NUN ist die „Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014“, der Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein angehören. Im Spätsommer hatte die Hamburger Zertifizierungskommission die Kriterien im NUN-Qualitätsrahmen überarbeitet und beschlossen. Dieser Qualitätsrahmen umfasst Kriterien für die Qualität von außerschulischer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in sechs Qualitätsbereichen: Leitbild, Menschen, Bildungsangebot, Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Infrastruktur.

Der Qualitätsrahmen, Antragsformulare für verschiedene Zertifizierungskategorien, ein Leitfaden zur Antragstellung, die neueste Broschüre zum Thema sowie weitere Unterlagen zum Verfahren stehen auf der Homepage der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt zum Download bereit.

▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitslernen/qualitaetsentwicklung/verfahren

▷ www.nun-dekade.de

Klimahaus® Bremerhaven 8° Ost**„Weltkulturen entdecken – Vielfalt vermitteln“**

□ Am 12. März veranstaltet das Klimahaus Bremerhaven 8° Ost unter dem Motto „Weltkulturen entdecken – Vielfalt vermitteln“ sein drittes Bildungsforum. Der Schwerpunkt ist diesmal das Thema „Kulturelle Bildung an außerschulischen Lernorten“.

Das Bildungsforum diskutiert die Umsetzungsmöglichkeiten kultureller, außerschulischer Bildungsansätze vor dem Hintergrund globaler Veränderungen für Schule und Kita und möchte das Bewusstsein für den positiven Wert kultureller Vielfalt durch Bildung fördern. Eingeladen sind Lehrkräfte aller Schulformen, Mitar-

beiterInnen in Kita und Erwachsenenbildungsinstituten, sowie Interessierte aller Fachrichtungen.

▷ www.klimahaus-bremerhaven.de

UfU Newsletter**Neophyten und spitze Feder**

□ Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) widmet sich in seinem fünften Newsletter einem breiten Themenspektrum von Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und nachhaltigem Konsum sowie Klimaanpassung, über die Beteiligung Jugendlicher am Klimaschutz, den Wirkungsgrad von Windkraftanlagen bis hin zu invasiven Neophyten. Dazu gibt es neue Bildungsmaterialien, Veranstaltungen und Fortbildungen sowie Mitmachaktionen für Schulen.

▷ www.ufu.de

NaturGut Ophoven**KlimaErlebnisPark**

□ Auf dem Gelände des NaturGut Ophoven in Leverkusen wird Klimaschutz erlebbar gemacht: Im November eröffnete der KlimaErlebnisPark seine Pforten. Sieben interaktive Klima-Info-Stationen, der Garten der nachwachsenden Rohstoffe sowie der Laufsteg der erneuerbaren Energien zeigen den Besuchern einfache Wege zum Klimaschutz. Dabei werden Kernaspekte des Alltagsverhaltens wie Konsum, Wohnen, Energie, Ernährung oder Mobilität besonders angesprochen. Die vier Klima-Erlebnissfelder „Wasser“, „Sonne“, „Wind“ und „Erde“ informieren über klimafreundliche regenerative Energien. Um die Installationen auch mit Schulklassen optimal nutzen zu können, wurden fünf Unterrichtseinheiten entwickelt. Die diesbezüglichen Erfahrungen wird das NaturGut Ophoven in einem Handbuch „Klimabildung in der Natur“ veröffentlichen. Im Januar 2014 ist das NaturGut Ophoven

offiziell mit dem Titel „Ausgezeichnetes Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt“ ausgezeichnet worden.

▷ www.naturgut-ophoven.de

Ökopjekt MobilSpiel

Weiterbildung BNE

□ Im Mai 2014 startet der neue Kurs der Weiterbildung Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie vermittelt Qualifikationen in Bildung für nachhaltige Entwicklung wie vernetztes Denken, Methodenvielfalt, Projektorientierung, zielgruppen- und milieuspezifische Ansprache. Teilnehmen können MitarbeiterInnen in Bildungseinrichtungen, Kommunen, Betrieben, Verbänden, Freizeiteinrichtungen und Selbständige im Bereich „grüner“ Berufe. Die Weiterbildung umfasst 36 Tage in acht Einheiten von Mai 2014 bis November 2015 und eine Praxisphase, in der die Teilnehmenden ein eigenes Projekt durchführen und dokumentieren. Anmeldeschluss ist der 17. März 2014. Die Weiterbildung ist ausgezeichnet als Maßnahme der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

▷ www.oekoprojekt-mobilspiel.de

Umweltbüro Nord e.V.

Projektwoche „Klima in Aktion“

□ In einer neu entwickelten Projektwoche finden SchülerInnen eigene Blickwinkel auf Fragen des Klimawandels, probieren Lösungsmöglichkeiten aus und kommen zu eigenen Meinungen. Den Rahmen bildet ein Krimi um eine verschwundene Klimamaschine. Dabei wird interdisziplinär und im Team gelernt. Interessierte Schulklassen können diese Projektwoche in der Jugendherberge Devin absolvieren.

▷ www.umweltschulen.de/klima-in-aktion

WISSENSWERT

Lesetipp

Morgen wird heute gestern sein

□ Kurze Geschichten, Gedichte, Songtexte, Aphorismen und Zitate, die sich dem Begriff Nachhaltigkeit von verschiedenen Seiten nähern – das „Lesebuch Nachhaltigkeit. Morgen wird heute gestern sein“ bietet Anknüpfungspunkte, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Aber auch für alle anderen, die ohne Multiplikationsabsichten an Nachhaltigkeit interessiert sind, ist das Buch eine amüsante Lektüre. Nettes Extra: Auf der Internetseite zum Buch ist die passende Musik zum Thema verlinkt.

▷ FORUM Umweltbildung im Umweltdachverband, (Hrsg): Morgen wird heute gestern sein. 112 S., 8€. ISBN: 978-3-900717-74-2

Schulwettbewerb „Echt kuh-l“ 2014

„Bienen und biologische Vielfalt“

□ Der bundesweite Schülerwettbewerb „Echt kuh-l“ zur nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) richtet sich an SchülerInnen der Klassen 3 bis 10 aller Schulformen.

Unter dem Motto „Fleißige Bienen & Flinke Brummer – Natur braucht Vielfalt!“ können vom Film bis zum Theaterstück alle Projektideen eingereicht werden. Zu gewinnen gibt es mehrtägige Berlin-Reisen sowie Geld- und Sachpreise. Ein Bienen-Expertenpool, Lehrertipps sowie Unterrichtsmaterialien und Anregungen zur Beitragserstellung stehen online zur Verfügung.

▷ www.echtkuh-l.de

Der NABU - Partner der Schulen

Bildungsort Natur

□ Seit vielen Jahren bieten der NABU, der NABU-Partner LBV in Bayern und die NAJU in ihren außerschulischen Lernorten attraktive Naturerlebnisprogramme an. Insbesondere für Schulen gibt es vielfältige Bildungsangebote mit einem breiten Spektrum von Aktivitäten und didaktisch-methodisch aufbereitete Materialien. Nun hat der NABU unter dem Titel „Bildungsort Natur: Der NABU-Partner der Schulen“ einen Katalog seiner bundesweiten Bildungsangebote für Schulen erstellt.

▷ www.nabu.de/naturerleben/zentren
▷ www.nabu.de/naturerleben/schutzgebiete

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

Januar–November 14, deutschlandweit

Energiewende in der Lehrerbildung. Seminar. Gemeinsam mit Solare Zukunft e.V. organisiert das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) in jedem Bundesland eine kostenlose Schulung für AusbilderInnen im Bereich Lehrerbildung. Die Fortbildungen finden bis November 2014 statt.

▷ www.ufu.de

Impressum

Herausgeber

ökopädNEWS

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de